

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Kinder und Frauen-Beilage

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 13. Juni 1906

Aufschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zunder), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Aufruf der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Aus dem Bericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1905. I. Von g. h. — Henriß Ibsen. — Frauenwahlrecht und Sozialdemokratie in Holland. Von S. Roland-Golst. — Sechster Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Von W. K. — Vom Kampfe um das Frauenwahlrecht in England. Von M. Beer-London. — Der Kampf um die Rente. Von E. G. (Schluß). — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Mannheims. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Kayserlein. — Gewerkschaftliche Rundschau. Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Konferenz der in Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Von Luise Zieg. — Frauenstimmrecht. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. Feuilleton: Der Eisenbahzug. Von Ferdinand v. Saar. (Gedicht). — Die alte Hergil. Von Maxim Gorki. (Fortf.). — Der Ziegelschlag. Von Ferdinand v. Saar. (Gedicht).

Die Frauenkonferenz zu Mannheim muß nicht nur ein Beweis für die Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung werden, sondern auch der Ausgangspunkt weiterer großer Erfolge.

Mit Parteigruß

Ottilie Baader,

Berlin S 53, Blücherstraße 49, Hof II.

Aus dem Bericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1905.

I.

Bis jetzt sind die Gewerbeaufsichtsberichte für Bayern, Preußen, Bremen und Baden erschienen. Der letztere zeichnet sich auch in diesem Jahre wieder durch seinen gediegenen Inhalt aus. Deshalb beginnen wir mit der Besprechung des badischen Berichtes.

Nach demselben waren im Jahre 1905 in den Fabriken und denjenigen Anlagen des Großherzogtums Baden, welche ihnen in bezug auf den gesetzlichen Arbeiterschutz gleichgestellt sind, beschäftigt:

Bezeichnung des Industriezweigs	Arbeiter über 16 Jahre			Kinder unter 16 Jahren	
	männl.		welbl.	männl.	welbl.
	insgesamt	verheirat., verwitwet oder geschied.	insgesamt		
1. Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	20 070	22 769	10 006	1 833	2 909
2. Textilindustrie	12 717	16 220	5 328	1 093	2 089
3. Metallverarbeitung	20 559	6 693	2 612	1 856	1 170
4. Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	1 767	3 914	356	98	950
5. Papierindustrie	6 428	2 267	661	305	505
6. Industrie der Maschinen, Instrumente u. Apparate	29 977	1 602	494	1 550	280
7. Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	10 912	840	186	618	292
8. Polygraphische Gewerbe	3 291	795	284	296	97
9. Lederindustrie	5 145	767	321	269	178
10. Industrie d. Steine u. Erden	?	679	254	?	?
11. Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte	1 927	411	80	69	80
12. Chemische Industrie	3 940	360	55	182	157
13. Bergbau, Plätten- und Salinenwesen	?	21	18	?	?
14. Baugewerbe	6 202	—	—	294	—
15. Sonstige Industriezweige	890	126	47	47	33

In der vorstehenden Tabelle sind die Industriezweige nach der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen über 16 Jahre geordnet. An der ersten Stelle steht die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, deren wichtigste Gruppe die Zigarrenfabrikation ist. Bekräftigt umfaßt 9747 männliche Arbeiter über 16 Jahre und 21 539 Arbeiterinnen über 16 Jahre, sowie 1822 Knaben und 2682 Mädchen. Von sämtlichen Arbeitern der Zigarrenindustrie waren:

	männlich		weiblich	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Im Jahre 1902	10 856	32,98	23 770	67,02
„ „ 1903	10 500	31,14	23 220	68,86
„ „ 1904	10 918	31,40	23 847	68,60
„ „ 1905	11 069	31,37	24 221	68,63

Mithin steht in dieser Industrie der Zahl der männlichen Arbeiter eine mehr als doppelt so große Zahl von weiblichen Arbeitern gegenüber. Und im Laufe der Zeit wird offenbar das Mehr an Arbeiterinnen immer größer.

Unter den Arbeiterinnen über 16 Jahre waren verheiratet, verwitwet oder geschieden (letztere wurden im Jahre 1905 zum erstenmal mitgezählt):

Im Jahre 1902	8526 = 40,5 Prozent
„ „ 1903	9020 = 43,6 „
„ „ 1904	9618 = 45,6 „
„ „ 1905	9746 = 45,2 „

Die Zahl der verheirateten, verwitweten oder geschiedenen Arbeiterinnen, das heißt derjenigen, die einen Haushalt zu besorgen hatten, ist stärker angewachsen als die Zahl der unverheirateten Arbeiterinnen. Dies ist die Folge davon, daß in den Zigarrenfabriken den Frauen eine solche Regelung der Arbeitszeit zugestanden wird, die ihnen die notwendige Zeit für ihre Hausarbeiten läßt.

Auch einige andere kleinere Industrien haben unter dem Drucke des gegenwärtig herrschenden Mangels an Arbeiterinnen nach dieser Richtung hin den Arbeiterinnen Zugeständnisse gemacht. Im Berichtsjahr lag der Fabrikinspektion eine Arbeitsordnung zur Begutachtung vor, in der die Firma mit 15 verheirateten Arbeiterinnen besondere, von der allgemeinen Anordnung und auch untereinander stark abweichende Bestimmungen über die Arbeitszeit vereinbart hatte. Die normalerweise auf 9 1/2 Stunden festgesetzte Arbeitszeit wurde auf 7 bis 9 Stunden verringert. In allen Fällen war der normaler Weise auf 6 1/2 Uhr festgesetzte Arbeitsbeginn auf eine spätere Stunde, zwischen 7 und 8 1/2 Uhr, verlegt worden. Die Dauer der Mittagspause betrug 1 1/2 bis 3 Stunden. An Samstagen wurde die so vereinbarte Arbeitszeit noch um eine weitere halbe Stunde verkürzt. Solche Vereinbarungen, bemerkt dazu der Berichterstatter, treffen den Kernpunkt eines wirtschaftlichen Mißstandes. Es sei zu wünschen, daß die Arbeiterschaft solchen Vereinbarungen besondere Aufmerksamkeit zuwende. Jedoch ist es notwendig, daß sich auch diese Arbeiterinnen ihrer Gewerkschaft anschließen, um nicht nur eine zweckmäßige Regelung der Arbeitszeit, sondern auch einen angemessenen Arbeitslohn zu erlangen. Ohne dies bildet die Frauenarbeit ein schweres Hemmnis für die Bestrebungen der Arbeiter auf die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Das zeigt uns gerade die Zigarrenindustrie mit ihren erschrecklich geringen Löhnen. Auch ist es bezeichnend, daß in diesem Industriezweig trotz des guten Geschäftsganges und der starken Nachfrage nach Arbeitskräften eine Erhöhung der Löhne in der letzten Zeit so gut wie gar nicht eingetreten ist.

Begreiflich ist es daher, daß sich die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen nach Möglichkeit anderen Industriezweigen zuwenden, in denen sie günstigere Arbeitsverhältnisse finden. Die Zahl der Knaben, die in den Zigarrenfabriken beschäftigt sind, ist von 1587 im Jahre 1898 auf 1816 und die Zahl der Mädchen von 4612 auf 3879 zurückgegangen.

Die zweite Stelle bezüglich der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen nimmt die Textilindustrie ein. Auch hier ist die Zahl der Arbeiterinnen erheblich größer als die Zahl der männlichen Arbeiter. Aberdies beklagen sich die Textilfabrikanten ganz besonders über einen angeblich sehr großen Mangel an Arbeiterinnen. Trotzdem denken die Herren gar nicht daran, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Die Textilindustriellen, heißt es in dem Bericht, zeigen in allen auf die Arbeitszeit bezüglichen Punkten ein zähes Festhalten an der bisher gewohnten Übung. Ein Entgegenkommen über das gesetzlich zu fordernde Maß hinaus sei selten zu erwarten.

Dafür bemühten sich die patriotischen Herren um so eifriger, Arbeiterinnen aus Italien herbeizuschaffen. Dies gab dem Auswanderungskommissariat der italienischen Regierung Veranlassung, zu prüfen, ob die Arbeitsbedingungen der italienischen Arbeiterinnen denen der inländischen gleichgestellt wären, und insbesondere, ob etwa ein Druck auf die Löhne der gesamten Arbeiterschaft durch die Einführung fremder Arbeitskräfte zu befürchten sei. Die Fabrikinspektion gab ihr Gutachten dahin ab, daß die Stellung der italienischen Arbeiterin sich von der der inländischen nicht wesentlich unterscheide. Wie sieht es aber mit der anderen Frage? Hierüber spricht sich der Bericht nicht aus. Wenn die Textilindustriellen nicht mehr die Arbeiterinnen zu den bisherigen elenden Löhnen bekommen können, so müssen sie sicher etwas mehr Entgegenkommen gegen die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen zeigen, um auf diese Weise wieder zu der nötigen Zahl von Arbeitskräften zu gelangen. Daher ist in der Tat „ein Druck auf die Löhne der gesamten Arbeiterschaft“ durch die Einführung der Arbeiterinnen aus Italien zu befürchten.

Die italienische Regierung schreibt jetzt den Firmen, welche um die Erlaubnis zur Erwerbung italienischer Arbeiterinnen nachsuchen, die Einhaltung gewisser Lohngrenzen vor. Sie fordert ferner, daß solange Streiks bestehen oder in Aussicht sind, für die betreffende Firma keine Anwerbungen gemacht werden dürfen. Sie verlangt schließlich, daß für bestimmte Fälle freie Heimreise garantiert, und daß für das leibliche und sittliche Wohl der Mädchen seitens der Firma in genügender Weise Sorge getragen werde. Aufgabe der beteiligten Gewerkschaften wird es sein, darauf zu achten, daß diese Vorschriften in der Praxis auch wirklich zur Geltung kommen.

Wegen der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen ist nur noch das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe hervorzuheben. Hier sind die Maßwerkstätten für Frauen- und Kinderkleidung, sowie die Puhwerkstätten mit 140 männlichen Arbeitern und 3047 Arbeiterinnen angeführt. In allen übrigen Industriezweigen sehen wir mehr beschäftigte männliche Arbeiter als Arbeiterinnen.

Genossinnen!

Über die Notwendigkeit, in diesem Jahre wiederum eine Frauenkonferenz abzuhalten, herrscht unter den tätigen Genossinnen keine Meinungsverschiedenheit. Jede der bis jetzt stattgefundenen Konferenzen hat fördernd und belebend auf die Frauenbewegung eingewirkt; ganz besonders seit der letzten Konferenz in Bremen 1904 sind bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Mit dem Erfolg sind aber auch die Aufgaben für die Agitation mannigfaltiger geworden. Zu Fragen, die uns wiederholt auf Konferenzen beschäftigt haben, gesellen sich neue, die unabweisbar zur Verhandlung kommen müssen.

Als Beauftragte der Genossinnen Deutschlands beruft die Unterzeichnete eine Frauenkonferenz nach Mannheim ein, wo der nächste Parteitag stattfinden wird. Die Konferenz soll Sonnabend, den 22. September, morgens 9 Uhr, zusammentreten und nötigenfalls noch Sonntag-nachmittag tagen.

Als provisorische Tagesordnung schlage ich vor:

1. Bericht der Zentralvertrauensperson; a. Agitation, b. Presse;
2. Frauenstimmrecht;
3. Agitation unter den Landarbeiterinnen;
4. Die Dienstbotenbewegung;
5. Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen.

Als Referentinnen sind Genossinnen in Aussicht genommen, die sich mit den betreffenden Fragen eingehend beschäftigt haben: so für Punkt 2, Frauenstimmrecht, Genossin Zetkin; für Punkt 3 Genossin Zieg; für Punkt 4 Genossin Grünberg; für Punkt 5 Genossin Dunder.

Das Lokal, in welchem die Frauenkonferenz tagt, wird später bekannt gegeben.

Damit die Konferenz gut vorbereitet werden kann, müssen sich die tätigen Genossinnen so bald wie möglich beraten, und etwaige Anträge sind bis spätestens zum 20. Juli an die Unterzeichnete einzusenden.

In Orten, in denen ein Zusammenarbeiten mit den Genossen stattgefunden hat, ist es wohl selbstverständlich, daß die Genossinnen sich mit diesen baldigst über die Wahl einer Delegierten verständigen. Dort, wo die Verhältnisse nicht so günstig liegen, haben die Genossinnen laut § 11 Absatz 1 der „Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ das Recht, in öffentlicher Frauenversammlung nicht nur eigene Delegierte für die Frauenkonferenz zu wählen, sondern auch für den Parteitag. Wünschenswert ist, daß die Delegierten zur Frauenkonferenz auch zugleich ein Mandat für den Parteitag erhalten. Den vorliegenden Erfahrungen gemäß sollten wie bisher so auch zu dieser Konferenz die Delegierten aus den Reihen der tätigen Genossinnen gewählt werden. Dort, wo die Bewegung noch ganz jungen Datums ist, und aus diesem Grunde eine Delegierung nicht stattfindet, bleibt es den Genossinnen selbstverständlich unbenommen, ihre Wünsche und Anregungen, ganz besonders die Agitation betreffend, der Konferenz zu unterbreiten und sie zu diesem Zwecke der Unterzeichneten mitzuteilen.

Um die Kosten der Delegierung decken zu können, sollten die Genossinnen alsbald mit den Sammlungen beginnen.

Erfolgte Wahlen von Delegierten sind der Unterzeichneten zu melden

Von ganz besonderem Interesse sind die Ausführungen des Berichtes über die „Art der Beschäftigung und deren Einfluß auf die Arbeiterinnen“. Die Fabrikinspektion hat nämlich den Versuch unternommen, den Einfluß der Beschäftigung von Arbeiterinnen an solchen Maschinen, welche mit dem Fuß in Bewegung gesetzt werden, auf den weiblichen Organismus an einem bestimmten Beispiel in einem umgrenzten Industriegebiet zu studieren. Als geeignetes Objekt für eine derartige Untersuchung schienen sich die Pforzheimer Bijouterieindustrie darzubieten, in der auch jetzt nach allgemeiner Einführung des Motorbetriebes an den Poliermaschinen noch ständig eine erhebliche Anzahl von Frauen an Fußpressen und ähnlichen Maschinen tätig ist. Die Beamten wurden bei Revisionen wiederholt von Arbeiterinnen darauf hingewiesen, daß nach Ansicht der Bevölkerung die an Maschinen mit Fußbetrieb beschäftigten Frauen „ihre Kinder nicht austragen könnten“, und tatsächlich nimmt der Amtsbezirk Pforzheim hinsichtlich der Fehl- und Frühgeburten einen sehr ungünstigen Platz in der Statistik ein. Daher lag der Gedanke nahe, nach einem Zusammenhang zwischen diesen schlechten sanitären Zuständen und der spezifischen industriellen Frauenarbeit des Gebiets zu suchen. Jedoch ist es nicht gelungen, diese Beziehungen im einzelnen zu ermitteln.

Die Pforzheimer Ärzte, an welche sich die Fabrikinspektion wandte, um sie für die Untersuchung zu interessieren und von ihnen brauchbares Material zur Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse zu erlangen, haben vollständig versagt. Nur ein Frauenarzt gab ein allgemein gehaltenes Gutachten ab. Aus demselben und mündlichen Angaben verschiedener Ärzte hat die Fabrikinspektion soviel entnommen, daß die auffallend hohe Zahl von Unterleibs- und Brustkrankheiten, Fehlgeburten usw. in der Stadt und dem Amtsbezirk Pforzheim auf eine Reihe gemeinsam wirkender Umstände zurückzuführen ist, so daß „in den seltensten Fällen mit Sicherheit eine bestimmte Veranlassung der Krankheitsursache festgestellt werden kann“. Eine schädigende Wirkung auf den Organismus der Frau bei dauerndem Bedienen von Fußpressen müsse in gleicher Weise angenommen werden, wie bei dem Treiben der Nähmaschinen, für welche krankhafte Störungen in zahlreichen Fällen nachgewiesen seien. Als weitere Ursachen werden neben konstitutioneller Veranlagung der lockeren, sehr frühzeitig einsetzende Geschlechtsverkehr in der arbeitenden Bevölkerung genannt, ferner die durch die täglichen Eisenbahnfahrten hervorgerufenen Erschütterungen des Körpers zu den Zeiten der Menstruation und Schwangerschaft; schließlich der Umstand, daß die oft weite Entfernung zwischen Wohnung und Fabrik in Eile über das bergige Terrain springend und laufend zurückgelegt würden, wodurch insbesondere dem keimenden Leben Schädigungen erwachsen, Möglicherweise wären chronische Gichtergiftungen als Ursache der zahlreichen Aborten junger Frauen zu betrachten. Die Fabrikinspektion kommt daher zu dem Schluß, daß die Arbeiterinnen während der Menstruationsperiode und der Schwangerschaft nach Möglichkeit von der Arbeit an Fußpressen ferngehalten werden müssen.

Wie aber, wenn die Fabrikanten eine solche Schonung der Arbeiterinnen nicht für „möglich“ halten? Hier müßte der gesetzliche Arbeiterschutz eingreifen und die Verwendung von Arbeiterinnen zur Arbeit an solchen Maschinen ein für allemal verbieten, und zwar selbstverständlich für alle Industriezweige, die Maschinen mit Fußbetrieb verwenden, für Wäschereien, Betriebe der Papierverarbeitung, Uhrenindustrie usw.

Henrik Ibsen.

Als unsere letzte Nummer in den Druck ging, brachte der Telegraph die Nachricht, daß Henrik Ibsen am 23. Mai in Christiania gestorben sei. Fast 78 Jahre alt, ein verlöschender Greis, der seit Jahren nur noch als Schatten seiner selbst unter uns weilte, denn leben hieß für ihn dichterisch gestaltend kämpfen, und sein Lebenswerk als Kämpfer und Schöpfer lag abgeschlossen da. Nicht tragend über noch ungeschnittene Ernten des Genies stehen wir daher am Grabe des großen Toten, wohl aber voll tiefer Dankbarkeit und Ehrfurcht ob des Schicksals künstlerischer und sittlicher Werte, die er für die Menschheit in nimmerwärdigem, schmerzreichem Ringen um höchste Kunstlerfähigkeit im Dienste der Wahrheit angehäuft hat. Denn das ist es, was Ibsen zu der Höhe künstlerischen Schaffens emporgetragen und ihm die Macht gegeben hat, als ein Bahnbrecher und Führer der literarischen Entwicklung voranzuschreiten und als unvergleichlicher Erwecker und Erzieher der Menschen lebendig zu bleiben: daß er niemals sein künstlerisches Genie unter den bequemen Grundsatzen schwächlicher, feiger, unfreier und läuflicher Geister gebeugt hat: l'art pour l'art, die Kunst für die Kunst, um der Kunst willen.

Kein Künstler konnte die Kunst höher würdigen, keiner war tiefer von ihrem Rechte zur restlosen Einforderung der Persönlichkeit durchdrungen als Ibsen, dem Dichten bedeutete: „Gerichtstag halten über das eigene Ich.“ Er hat ihr gebietet mit rüchhaltiger, leidenschaftlicher Hingabe, in der sich zwei der charakteristischsten Züge seines Wesens verschmolzen: die altheidnische, trotzig-unbeugbare Kraft, die sich um jeden Preis durchsetzen will, und die christliche Selbstverleugnung, die alles opfert. Aber gerade weil Ibsen die Kunst als höchste Lebensäußerung menschheitlicher Entwicklung wertete, wies er ihr eine gewaltigere Aufgabe zu als die, lediglich berauschender Genuß zu sein, den Sinnen und der Seele feste zu bereiten. Die Kunst war ihm vor allem die erhabene Erzieherin, welche die Menschen durch das Morgentor des Schönen in der Erkenntnis Land führen soll. Seine Muse ist daher nicht in weltentrückte Zaubergärten entflohen, wo alle Blütenkränze reifen, sie ist unter den Menschen unserer Tage heimisch mit ihrer schweren fiebernden Sehnsucht und ihren qualvollen Konflikten, sie bleibt mitten im Kampfgeschwimmel der Zeit, auch wenn sie die Stille der Fjorde sucht, über kalt glitzernde Gletscherhöhen schreitet oder das Gewand verfunkenen Welten trägt. Nicht als sanfte Friedensbotin steht sie da, die Schalmesiger Harmonien blasend, sie trägt Wehr und Waffen, sie ist eine herbe, reife Kämpferin. Ibsens Kunst ist Problemlust, ist Tendenzkunst im umfassendsten und höchsten Sinne des Wortes.

Um was es für sie geht, das sind der „Menschheit große Gegenstände“, das ist eine Weltanschauung der Wahrheit, welche die Persönlichkeit zur reifsten Entfaltung und fruchtbarsten Wirksamkeit bringt. In diesem Ziele fügt sich Ibsens künstlerisches Lebenswerk, wie vielgestaltig es auch vor uns tritt, in fester Geschlossenheit zum Ringe zusammen. Nach einer Weltanschauung der Wahrheit suchend, hat der norwegische Meister sich in Heidentum und Christentum versenkt und kritisch wägend Weltbild gegen Weltbild gestellt. Weder die Philosophie der Antike, noch die Evangelisten und Priester des Nazareners konnten dem eindringlichen Frager eine Antwort geben, welche die zehrenden Gluten in seiner Brust löschte. Sein Ringen um die Wahrheit ist darum nicht weniger ungefläm geblieben. Er schuf Werk auf Werk, um ihr die Wege zu bereiten, indem er die Herrschaft der Lüge zerstörte. Wie einen persönlichen Feind hat er alle Unwahrheit und Heuchelei gehaßt und bekämpft, mochte sie sich als soziale Moral gebärden oder als individuellen Idealismus aufschminken. Er ging ihr in die gesellschaftlichen Beziehungen von Mensch zu Menschen nach, er packte sie in den verborgensten Seelenaltären des einzelnen. Es konnte daher nicht eine blutleere Abstraktion der Lüge sein, gegen die er im Moralpredigerton geeifert hätte. Was er mit der Unerbittlichkeit eines wissenschaftlichen Forschers ans Licht zog und richtete, das ist die Lüge in ihren mannigfachen, bestimmten Gestalten, wie sie in der Gegenwart als legitimes Kind der aufstrebenden oder ausreisenden kapitalistischen Ordnung, die Persönlichkeit und ihre Beziehungen zum Nebenmenschen, zur Allgemeinheit verwüstet.

Der ruhelose Wahrheitsfucher mußte zum schonungslosen Kritiker und Zerstörer am Oberbau der Moral werden, welche die bürgerliche Gesellschaft krönt. Mit robuster Kraft, vom leidenschaftlichen Glauben an seine künstlerische Mission jeden Muskel gestrafft und alle Nerven auf das Eine konzentriert, hat Ibsen hier an wichtigen tragenden Pfeilern gerüttelt und prächtig gleißende Ornamente in Trümmer geschlagen. Und indem er mit zwingender Gebärde auf die Lüge wies, die dahinter als Gebieterin thront, indem er heiligen Grimmes voll wieder und wieder sein „écrasez l'infame“ — zertreten die Schändliche — in die Welt schrie, hat er Abscheu, Haß, Kampf gegen die geltende soziale Moral weit über die Kreise der Gemeinde hinaus geweckt, welche Ibsen um seiner musterergültigen Kunstlerfähigkeit willen huldigt.

Die Frauen aber sind Ibsen ob seines befreienden Zerstörungswerkes zu besonderem Dank verpflichtet. Er ist mehr wie jeder andere ihr Dichter gewesen, der Dichter des Weibes, welches sich aus dem erslickenden Sumpfe einer lügenhaften Existenz erhebt, mit wundgerungenen Händen und blutendem Herzen die alten Tafeln zerschlägt und das Recht seines Menschentums, seiner Persönlichkeit fordert. Wir vergessen nicht, daß es vor allem das Seelendrama der bürgerlichen Frau ist, das Ibsen gestaltet hat. Die Proletarierin hat die größte und entscheidende Schlacht für ihre soziale und menschliche Emanzipation nicht gegen die Helmers und ihre Eheleute auszufechten, sondern gegen die Kapitalistenklasse und ihre Ordnung. Die ökonomische Entwicklung löst materielle und geistige Kräfte aus, die im Proletariat das Verhältnis der Frau zum Manne und zur Familie revolutionieren und damit die Moral des Borurteils und der Lüge fortsetzen, welche die Beziehungen der Geschlechter vergiftet und den Menschen im Weibe tötet. Aber was wirkende objektive Tendenz ist, das setzt sich nur langsam subjektiv durch. Und so sind auch hier der Helmers noch viel zu viele, mit denen die Proletarierin abrechnen muß, gerade wenn sie als Streiterin im Klassenkampf ihr Menschenrecht erobern will. Davon zu schweigen, daß — welches auch immer die sozialen Verhältnisse seien — die Frau in dornenreichen inneren Konflikten um Klarheit über die Frage ringen wird, welche die Ibsenschen Frauentypen im tiefsten Grunde bewegt: die Frage nach der Grenzlinie zwischen dem Rechte der Selbstbehauptung und der Pflicht der Selbstverleugnung. Als Erwecker und Mahner wird daher der skandinavische Meister über die bürgerliche Welt und unsere Zeit hinaus auf die Frauen wirken, die empfinden, daß sie frei und gesund entfaltete Menschen werden müssen, um ganz Weib sein zu können.

Frauenwahlrecht und Sozialdemokratie in Holland.

Das Frauenstimmrecht ist auch in Holland eine grundsätzliche Forderung der Sozialdemokratie. Unser Programm fordert die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für Männer und Frauen. Es ist aber bekanntlich nicht dasselbe, eine Forderung grundsätzlich zu vertreten und sie zu einem Punkte der praktischen Politik zu machen. Wie die Haltung unserer Bruderparteien in Schweden, Belgien und Österreich erweist, können Augenblicksrückichten verschiedener Art die Sozialdemokratie veranlassen, die Forderung des Frauenstimmrechtes zurückzustellen. Ob dies unter gewissen Umständen wünschenswert sein kann, lasse ich

jedoch dahingestellt; ich will bloß auf Wunsch der Redaktion berichten, wie die holländische Sozialdemokratie sich dem Frauenwahlrecht gegenüber verhält.

Eine „Vorlage zur Verfassungsrevision“, die vor einiger Zeit von unserer Kammerfraktion eingebracht wurde, weicht infolgedessen von unserem Programm ab, als sie das allgemeine Wahlrecht nicht für die Frauen wie für die Männer in der Verfassung festlegen will.* Die diesbezügliche Bestimmung beseitigt zwar mit dem Wort „männliche Einwohner“ die gesetzliche Schranke, die dem Frauenstimmrecht in der Verfassung im Wege steht, verpflichtet den Gesetzgeber aber nicht, das Frauenwahlrecht einzuführen. Die Vorlage bestimmt, daß die Kammer gewählt wird von den volljährigen Niederländern, die nicht durch Gesetz oder gerichtliches Urteil vom Wahlrecht ausgeschlossen sind — daß aber niemand ausgeschlossen sein darf wegen Gründen, die direkt oder indirekt mit dem gesellschaftlichen Wohlstand zusammenhängen. Sie macht also das Frauenwahlrecht möglich, aber sichert nicht seine Einführung gleichzeitig mit der des allgemeinen Wahlrechtes für Männer. Wohl aber sichert sie, daß, wenn das Frauenstimmrecht zustande kommt, es allgemein, das heißt nicht an Zensus oder Kapazität gebunden sein wird, und dies auf Grund der allgemeinen Bestimmung, daß niemand wegen Gründen, die „direkt oder indirekt mit dem gesellschaftlichen Wohlstand zusammenhängen“, vom Wahlrecht ausgeschlossen sein dürfe.

Anders verfährt die zur selben Frage der Verfassungsrevision eingebrachte Vorlage der bürgerlichen Demokraten. Der Unterschied ist charakteristisch. Auch diese Vorlage legt, mit einigen Ausnahmen, das allgemeine Wahlrecht in der Verfassung fest; dazu aber will sie vom Gesetzgeber bestimmen lassen, welche weiblichen Einwohner nach den Vorschriften des Wahlgesetzes das Wahlrecht besitzen sollen. Diese Wendung verpflichtet also den Gesetzgeber, das Frauenstimmrecht einzuführen, aber zugleich schreibt sie vor, daß dies Frauenstimmrecht kein allgemeines, sondern nur ein beschränktes sein soll: sie schafft in der Stunde, da endlich das politische Vorrecht innerhalb des männlichen Geschlechtes beseitigt wird, ein neues Vorrecht innerhalb des weiblichen Geschlechtes.

Aus dem Inhalt der beiden Gesetzentwürfe ist die Stellung beider Parteien zu der Frage des Frauenwahlrechtes klar ersichtlich. Die Sozialdemokratie kämpft für die volle Gleichberechtigung aller Unterdrückten, ebenso der Nationalitäten und Klassen wie des weiblichen Geschlechtes. Sie weiß aber, daß die Klassenegensätze der kapitalistischen Gesellschaft ebenso in der Frauen- wie in der Männerwelt bestehen und desto deutlicher in Erscheinung treten werden, je mehr die Frauen am politischen Leben teilnehmen. Sie wollen in keinem Falle ermöglichen, daß eine privilegierte Minderheit unter den Frauen das Wahlrecht erhält; vielmehr soll es dem ganzen weiblichen Geschlecht zugute kommen. In der Begründung der Vorlage wird denn auch das allgemeine Wahlrecht für Frauen aus den bekannten sozialdemokratischen Gründen mit Wärme verteidigt. Unter anderem heißt es darin, daß die Fraktion entschlossen sei, sobald der Versuch gelungen, das gesetzliche Hindernis zur Einführung des Frauenstimmrechtes zu beseitigen, sich bei Feststellung eines neuen Wahlgesetzes angelegen sein zu lassen, die politische Gleichberechtigung der Geschlechter auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes durchzuführen.

Die bürgerliche Demokratie dagegen vertritt die Interessen der bürgerlichen Frauenvwelt: sie will die politische Unterdrückung und Rechtlosigkeit nur abschaffen für die Frauen der bürgerlichen Klassen, aber vorderhand wenigstens beibehalten für die Proletarierinnen; sie hält in dieser Frage am Klassenstandpunkt der herrschenden Klassen fest.

Der Standpunkt der bürgerlichen Demokratie ist selbstverständlich auch der der Frauenrechtlerinnen des bürgerlichen Feminismus. Auf das Frauenwahlrecht kommt es den Frauenrechtlerinnen vor allem an — ob dieses aber auch allgemein sein wird, das ist ihnen ziemlich gleichgültig. Sie sind zufrieden, wenn sie es selbst nur erhalten, wenn sie selbst nur damit in den Stand gesetzt werden, durch politischen Einfluß für ihre Ideale und politischen Forderungen eintreten zu können. Alle bürgerlichen Frauenvereine stehen auf dem gekennzeichneten Standpunkt; in erster Linie kommt dabei der „Verein für Frauenstimmrecht“ in Betracht. Er würde auch einer Ausdehnung des heutigen beschränkten Wahlrechtes auf die Frauen, ja sogar der Errichtung einer noch beschränkteren zustimmen.

Die Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in der Frage der Demokratie hat im Laufe der Zeit zur Lostrennung des „Verein für Frauenstimmrecht“ vom „Komitee zur Erhaltung des allgemeinen Wahlrechtes“ geführt. Der „Verein“ hat sich nicht geschert, sich das Recht herauszunehmen, auf eigene Hand für beschränktes Frauenstimmrecht — also gegen das Ziel des Komitees — zu agitieren. Diese Zwiespältigkeit führte zunächst im Schoße des Vereines selbst zu tiefen Auseinandersetzungen und zum Austritt der demokratischen Elemente. Als dann die Generalversammlung des Komitees 1904 den Verein aufforderte, seinen Standpunkt in der Frage des Frauenwahlrechtes deutlich auszusprechen, entschloß die Organisation sich im Dezember des vorigen Jahres, aus dem Komitee auszutreten. Das ist jetzt geschehen. Wahrscheinlich wird er sich dem „nichtsozialdemokratischen“ Komitee anschließen, dessen Gründung auf dem letzten Parteitag der bürgerlichen Demokraten beschlossen worden ist. Mit ihrer Haltung im Wahlrechts-

* Dies natürlich aus der Zweckmäßigkeitsrücksicht, daß das Festlegen des Frauenstimmrechtes in der Verfassung die ganze Verfassungsrevision zum Scheitern bringen könnte.

Kampf bekunden die bürgerlichen Damen nur ihre bürgerliche Gesinnung.

Wir denken nicht daran, ihnen dies zu verübeln oder es zu bedauern. Was wir aber in hohem Maße bedauern, ist, daß es in der eigenen Partei eine Strömung gibt, welche die Forderung des Frauenwahlrechtes aus opportunistischen Rücksichten zurückstellen will.

Im November des vorigen Jahres hatten zwei Vertreterinnen des „Verein für Frauenstimmrecht“ eine Konferenz mit dem Vorsitzenden und dem Sekretär der sozialdemokratischen Kammerfraktion, den Genossen Troelstra und ter Laan. Bei dieser Gelegenheit äußerte Genosse Troelstra, der parlamentarische Führer unserer Partei, als seine persönliche Ansicht: Wenn es jetzt möglich wäre, das Frauenwahlrecht zu erringen, so würde er dagegen stimmen. Für seine Ansicht — die in schroffem Widerspruch zu der „Begründung“ der sozialdemokratischen Vorlage steht — machte er geltend, die Mehrheit der Frauen sei heute noch so reaktionär gesinnt, den Einflüssen der Geistlichkeit so zugänglich, daß es nicht wünschenswert wäre, ihnen die politische Gleichberechtigung zu verleihen. Diese würde die Frauen zu einer reaktionären Macht werden lassen, welche der gesellschaftlichen Entwicklung, ja sogar dem weiteren Fortschritt der Frauenbewegung selbst gefährlich sein würde.

Diese Äußerung des einflussreichen Führers unserer Partei scheint uns in hohem Grade bedenklich. Was er zur Rechtfertigung seiner Auffassung anführte — die unzulängliche Entwicklung, die sozialpolitische Unreife und Rückständigkeit der Frauen —, sind die gleichen Gründe, welche die Herrschenden von jeher vorgebracht haben, wenn es galt, die Knechtung von unterdrückten Klassen und Nationen zu rechtfertigen. „Sie sind nicht reif, über ihr Los zu entscheiden.“ — Ja, und glaubt ihr sie denn zur Reife zu erziehen durch Druck, Rechtslosigkeit und Knechtschaft? Wir scheinen es, daß die politische Rückständigkeit des weiblichen Geschlechtes, die es mir nicht einfällt zu leugnen, am schnellsten und sichersten dadurch überwunden wird, daß die Frau das Recht bekommt, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Auch in Holland nimmt die Zahl der erwerbstätigen Frauen schneller zu als die Zahl der Bevölkerung,* auch in Holland wächst unausgesetzt die Zahl weiblicher Arbeitskräfte auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens — so drängt folglich auch bei uns die Entwicklung zur sozialen und politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes.

Sehr wichtig wäre es, zu wissen, ob die Partei in der Frage des Frauenwahlrechtes auf demselben Standpunkt steht wie ihr parlamentarischer Führer, und ob sie wie er bereit ist, ihr Programm um Augenblicksinteressen halber im Stiche zu lassen. Die Anträge dazu, welche eine Anzahl unserer Parteiorganisationen, darunter vier der Amsterdamschen Wahlvereine, zum letzten Parteitag einbrachten, berechtigten uns zu der Hoffnung, daß dies nicht der Fall ist. Diese Anträge sprachen sich alle, mit kleinen Abweichungen in der Fassung, dafür aus, daß den Frauen das Wahlrecht sobald wie möglich zuerkannt werde — und zwar aus dem Grunde, weil die Befreiung des Proletariats zur Voraussetzung hat, daß auch das Klassenbewußtsein der Proletarierinnen erwacht ist, das Wahlrecht sich aber als wichtiges Mittel erweisen wird, dies Bewußtsein zu wecken und zu schulen.

Leider kam der zu Ostern abgehaltene Parteitag nicht dazu, sich mit der Frage des Frauenwahlrechtes zu befassen. Die große Auseinandersetzung in Fragen der „Organisation und Taktik“ nahm zuviel Zeit in Anspruch. Den Delegierten des sozialdemokratischen Frauenklub — eine junge, eifrige Organisation, die mit großem Geschick und ohne jede Eigenbrüttelei sich der schwierigen Arbeit unterzieht, die Arbeiterinnen politisch aufzuklären — wurde jedoch auf ihre Anfrage bestimmt zugesagt, daß der nächste Parteitag sich mit der Frage des Frauenwahlrechtes befassen wird.

Wir sind voller Zuversicht, daß er sie im prinzipiellen Sinne lösen wird, damit die Sozialdemokratie sich auch in dieser Frage als eine Partei erweist, die großen Zielen zueilend, bei ihrer Taktik allgemeine und dauernde und nicht beschränkte und vorübergehende Erfolge ins Auge faßt. Die allgemeine und dauernde Folge aber der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes wird — wie die Gleichberechtigung jeder unterdrückten Klasse, Nationalität und Rasse — zum Lernen des richtigen Gebrauchs der errungenen Rechte führen, zu raschem Aufstieg und zur menschlichen Bervollkommnung der früher Unterdrückten.

Laren, 7. Mai 1906. Henriette Roland-Holst.

Sechster Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

In dem neu erbauten Volkshaus zu Köln wurde vom 20. bis 27. Mai der sechste Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes abgehalten. 122 Delegierte aus allen Gauen Deutschlands nahmen an ihm teil.

Der Vorstandsbericht erstreckt sich auf zwei Jahre. Er spiegelt die gesunde Entwicklung der Organisation wider, sowie die Energie und Pflichttreue, mit der sie die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten hat. Der Verband ließ sich angelegen sein, der besseren Beschäftigung auszunutzen, um die Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten. 1904 fanden 829, 1905 940 Lohnbewegungen statt. Für beide Jahre zusammen wurden 955 ohne Arbeitseinstellung verlaufene Lohnbewegungen gezählt, 519 Angriff-

streiks, 249 Abwehrstreiks und 46 Aussperrungen. Was die 915 Angriffstreiks anbetrifft, so wurden in 115 Fällen 12790 Beschäftigten die Forderungen noch vor der Arbeitseinstellung bewilligt. Ursache der 249 Abwehrstreiks war in 100 Fällen Lohnreduktion, in 40 Fällen Maßregelung von Verbandsmitgliedern, in 47 Fällen Nichteinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, in 16 Fällen Verlängerung der Arbeitszeit usw. Die 46 Aussperrungen der Berichtsperiode wurden verursacht durch Angriffstreiks, Streiks anderer Berufe, Lohndifferenzen, Maiseier, Zugehörigkeit zur Organisation usw.

Für 41 658 Personen wurde eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 2,7 Stunden pro Woche errungen, und für 61 078 Personen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 1,72 Mk. pro Kopf und Woche. Das sind beachtenswerte Erfolge, welche gerade die Arbeiterinnen über den Nutzen der Organisation belehren sollten, denn für sie ist jede Stunde Verkürzung der Brotfron und jede Erhöhung des lärglichen Lohnes besonders wertvoll. Der Verband hat für die Lohnkämpfe in den zwei Jahren zusammen die riesige Summe von 2260 249 Mk. aufgewendet. Die errungenen Vorteile mußten also teuer genug erkaufte werden. Das läßt erkennen, wie hartnäckig das Ausbeuterium sich der unerlässlichen Hebung der Lage der Ausgebeuteten widersetzt, und wie bitter not es tut, daß die Macht einer großen, starken, kapitalkräftigen Organisation hinter die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen tritt. Angesichts dieses Standes der Dinge ist es doppelter Verrat an den Interessen der Holzarbeiterschaft, daß die christliche und die Hirsch-Dundersche Organisation in der gewissenlosesten Weise gegen den Holzarbeiterverband lügen und hegen. In der kampfbewegten Zeit haben sich die Institutionen der Gauen vorstände trefflich bewährt.

Die Einnahmen des Verbandes betragen 2582 886,54 Mark, die Ausgaben 1619 210,72 Mk. Für die „Holzarbeiter-Zeitung“ wurden 172 650,72 Mk. aufgewendet, an Reiseunterstützung sind 161 831,26 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 361 082,89 Mk., an Streikunterstützung 1 498 177,55 Mk., an Gemäßregeltenunterstützung 51 955,42 Mk., an Unterstützung in Sterbefällen 52 315 Mk., an Umzugsunterstützung 44 776,44 Mk., an Notfallunterstützung 10 300 Mk., für Rechtschutz 31 459,49 Mk. und für Agitation 188 192,01 Mk. zur Auszahlung gelangt. Der Verband zählte am Jahreschluß von 1905 130 111 Mitglieder. Die Zahl der organisierten Arbeiterinnen ist in der Berichtszeit von 511 auf 1797 gestiegen. Für den Holzarbeiterverband kommen nach den Aufstellungen der Gewerbeinspektion 18 506 Arbeiterinnen als organisationsfähig in Betracht, er hat also noch ein großes Stück Aufklärungs- und Organisationsarbeit zu leisten. Abgesehen von der unermüdblichen Agitation unter den Arbeiterinnen empfiehlt es sich, die weiblichen Mitglieder zu allen Verbandsarbeiten heranzuziehen, damit ihr Interesse an ihm geweckt und gesteigert wird. In hervorragender Weise hat sich der Verband an der Heimarbeit ausstellung beteiligt, und die von ihm herausgegebene treffliche Broschüre über die Heimarbeit in der Holzindustrie hat das ihrige zur Aufdeckung des Glanzes in den betreffenden Branchen beigetragen. Auch die internationalen Beziehungen hat die Organisation gepflegt; sie nahm die Gründung der „Internationalen Union der Holzarbeiter“ in die Hand, welcher der Deutsche Holzarbeiterverband angeschlossen ist.

Die Debatten über den Vorstandsbericht gestalteten sich äußerst lebhaft. In verschiedenen Variationen erklang aus ihnen der Ruf: mehr Agitation, mehr Schulung, Ausbau und Stärkung des Verbandes. Die Verhandlungen über das Verbandsorgan brachten klar zum Ausdruck, daß die politische Neutralität der Organisation nicht die Stellungnahme zu politischen Fragen ausschließt, umgekehrt, sie wird durch den Zusammenhang des wirtschaftlichen und politischen Lebens aufgedrängt. Aber diese Stellungnahme muß naturgemäß auf eine Unterstützung der sozialdemokratischen Politik hinauslaufen, weil nur sie allein konsequente Arbeiterpolitik, konsequente Vertretung der proletarischen Interessen ist. Nahezu einstimmig hatte der Verbandstag beschlossen, die auch im Holzarbeiterverband umstrittene Frage der Maiseier als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Der entschiedene, klassenbewusste Geist, von welchem die entsprechenden Verhandlungen getragen wurden, gelangte in der folgenden Resolution zum Ausdruck:

„Der Verbandstag steht auf dem Standpunkt, daß die Feier des 1. Mai am würdigsten durch Arbeitsruhe gefeiert wird. Er verpflichtet deshalb die Mitglieder des Verbandes, gemäß den Beschlüssen des internationalen Kongresses in diesem Sinne zu wirken. In denjenigen Betrieben, wo zwei Drittel organisiert sind und vier Fünftel der Beschäftigten beschließen, die Arbeit ruhen zu lassen, wird den durch Aussperrung oder Maßregelung Betroffenen nach einjähriger Mitgliedschaft die Gemäßregeltenunterstützung (welche in diesem Falle ausnahmslos die Sätze der Streikunterstützung sind) von der zweiten Woche an gezahlt. Voraussetzung für den Bezug dieser Unterstützung ist, daß die betreffenden Mitglieder sich an den von den örtlichen Organisationen veranstalteten Demonstrationen beteiligen.“

Um den Verband zu kräftigen und seine Mitglieder vor Not zu schützen, das heißt kampftüchtiger zu machen, beschloß der Verbandstag unter anderem zwei wichtige Maßregeln: eine Erhöhung der Beiträge und die Einführung der Krankenunterstützung. Der Verbandsbeitrag soll vom 1. Juli d. J. an wöchentlich 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder betragen. Vom 1. Januar 1907 ab gewährt die Organisation Krankenunterstützung auf Grund folgender Norm:

An arbeitsunfähige (erkrankte) Mitglieder, welche mindestens 52 Wochen dem Verband angehören und für diese Zeit

ihre Beiträge entrichtet haben, kann eine Krankenunterstützung gewährt werden, wenn durch Vorzeigung eines ärztlichen Attestes die Arbeitsunfähigkeit bescheinigt wird.

Diese Unterstützung wird nur als Zuschuß zu der Krankenunterstützung gewährt, welche das Mitglied aus einer dem Krankenversicherungsgesetz entsprechenden Kasse bezieht.

Die Unterstützung nach § 43 wird auf die Dauer von 13 Wochen gewährt und beträgt innerhalb 12 Monaten vom ersten Unterstützungstag an gerechnet, nach einer Mitgliedschaftsdauer von

52 Wochen 3,— Mk. pro Woche bis zu 39,— Mk. Höchstbetrag
104 „ 3,75 „ „ „ „ 48,75 „ „
156 „ 4,50 „ „ „ „ 56,50 „ „
208 „ 5,25 „ „ „ „ 68,25 „ „
260 „ 6,— „ „ „ „ 78,— „ „

Über die Gewährung von Krankenunterstützung entscheidet im Rahmen dieser Vorschriften die Lokalverwaltung, bei Einzelmitgliedern der Verbandsvorstand.

Letzterer hat das Recht, gegen die Entscheidungen einer Lokalverwaltung Einspruch zu erheben, in welchem Falle den Betreffenden der Beschwerdeweg an den Ausschuss offen steht. Krankenhäusern und anderen Heilanstalten oder dritten Personen steht ein Anspruch auf die Unterstützung nicht zu. Der Anspruch auf Krankenunterstützung beginnt am achten Tage der Arbeitsunfähigkeit, vom Tage der Meldung an gerechnet. Die erhöhten Beiträge sollen vom 1. Juli d. J. ab erhoben werden. Die Auszahlung der Krankenunterstützung soll mit 1. Juli 1907 beginnen.

Der Verbandstag hat eine sehr umfangreiche und tüchtige Arbeit geleistet. Sie wird nicht verfehlen, die Werbetätigkeit der Organisation und ihre Leistungstüchtigkeit im Kampfe für die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu steigern. W. K.

Vom Kampfe um das Frauenwahlrecht in England.

Am 19. Mai fand in London eine große Demonstration für die Einführung des Frauenwahlrechtes statt. Sämtliche Frauenorganisationen Englands hatten Delegierte nach der Hauptstadt entsendet, um den Premierminister Sir Henry Campbell-Bannermann zu ersuchen, der Entrechtung der Frauen ein Ende zu machen. Folgende Organisationen waren vertreten: der Allgemeine Verband der Frauenwahlrechtsvereine, die Arbeiterfrauen von Lancashire und Cheshire (90000 Textilarbeiterinnen), die liberale Föderation der Frauen Schottlands, die Gilde der Frauengenosenschaften, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen von Manchester und Salford, der Verband der Tabak- und Zigarettenarbeiterinnen, der Verband der Buchbinderinnen, die Bergarbeiterinnen Nordenglands, die Frauen der Universitäten, der Verband der Krankenschwestern, der Verband der kommunalen Arbeiterinnen, die Arbeiterpartei der Fabian-Gesellschaft, die Unabhängige Arbeiterpartei, sowie eine ganze Anzahl lokaler politischer Frauenvereine und Klubs. Obwohl die bürgerlichen und proletarischen Frauenorganisationen zusammen die Demonstration vorbereiteten, so hielten sie sich während der ganzen Demonstration auseinander, nur beim Premierminister waren die Delegierten beider Richtungen zusammen. Es nahmen das Wort: Fräulein Emily Davies, Doktor der Rechte (Verband der Frauenwahlrechtsvereine); Frau Maclaren (liberale Frauen); Frau Holland-Rainy (Schottische Frauen); Fräulein Gore-Booth (Frauengewerkschaften); Frau Gasson (Frauengewerkschaften); Fräulein Pankhurst (Soziale und politische Union — eine Nebenorganisation der Arbeiterpartei); Frau Dickson (Lohnarbeiterinnen); Fräulein Mary Bateson (Lehrerinnen, Studentinnen, Schriftstellerinnen usw.). Genossin Pankhurst erklärte dem Premierminister, daß es sozialistische und gewerkschaftliche Frauen gibt, die bereit sind, ihr Leben für die Befreiung des weiblichen Geschlechtes einzusetzen, da sie die Schmach der Entrechtung nicht länger ertragen können.

Der Premierminister war sehr zuvorkommend und erklärte sich im Prinzip mit den Forderungen der Frauen einverstanden. Die Entrechtung der Frauen läßt sich logisch nicht rechtfertigen, erklärte er, Frauen haben seit Jahren in den verschiedensten Ämtern der Lokalverwaltung dem Volke mit Auszeichnung gedient. Sie wurden auch in wichtigen Fragen zu Mitgliedern von Uniglichen Kommissionen ernannt, um dem Parlamente verschiedene gesetzliche Maßregeln zu empfehlen. Dann ist es unleugbar, daß der Gedanke des Frauenwahlrechtes in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat. Aber die Regierung ist sich über die Zweckmäßigkeit der Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen nicht einig. Ohne diese Einigkeit läßt sich eine so wichtige und tief ins soziale Leben einschneidende Reform nicht unternehmen. Die Frauen sollen sich daher noch eine Weile gedulden und ruhig für ihre Ideen arbeiten, aber alles vermeiden, was die ihnen günstige Strömung aufhalten oder zurückwerfen könnte; England ist jetzt politisch so reger, daß es jede Welle des öffentlichen Lebens stark empfindet und sich für oder gegen entscheidet.

Die Rede des Premierministers wurde von den Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenorganisationen mit Beifall aufgenommen, dagegen von den Vertreterinnen der proletarischen Organisationen mit Unwillen.

Nach der Audienz löste sich die Demonstration in ihre Elemente auf; die bürgerlichen Frauen begaben sich nach einer Halle, wo sie eine von 1500 Personen besuchte Versammlung abhielten, in der eine Resolution folgenden Inhaltes angenommen wurde: „Die Versammlung dankt dem Premierminister für seine persönliche Sympathie, aber sie gibt ihrem Bedauern und ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß trotz der Gerechtigkeit ihrer Sache und der von den

* Die Zunahme der Bevölkerung betrug von 1889 bis 1899 13,16 Prozent, die Zunahme der erwerbstätigen Männer 14,72, der erwerbstätigen Frauen 22,78 Prozent.

Frauen gemachten großen Anstrengungen die Regierung nicht imstande ist, den Frauen das Wahlrecht zu geben. Sie fordert deshalb die Frauen auf, auch fernerhin für ihr Recht zu agitieren, und sie bittet die Regierung, dem Parlamente während der laufenden Session noch einmal die Gelegenheit zu geben, das Frauenwahlrecht zu diskutieren.“ —

Die Proletarierinnen mit ihren zahlreichen Fahnen und unter den Klängen der Musik begaben sich nach dem Trafalgar Square (lies: Trafalgar Squäre), um da zu demonstrieren. Der Trafalgar Square ist einer der schönsten Plätze Londons; er liegt im politischen Mittelpunkt der Stadt, — nur einige Minuten von den Reichsministerien, den großen Parteiklubs und etwa zehn Minuten vom Parlament. In der Mitte des Platzes erhebt sich das Monument Nelsons, dessen vieredriger Sockel den Volksversammlungen zur Tribüne dient; auf den vier Seiten des Sockels können etwa 200 Personen Platz nehmen; die Zuhörer stehen am Fuße des Monumentes im weiten Bogen zwischen den kleineren Monumenten und den Springbrunnen, wo der Raum groß genug ist, viele Tausende Personen zu umfassen.

Dorthin begab sich die Arbeiterinnendemonstration. Die Rednerinnen, die Organisatorinnen und die Presseleute standen auf drei Seiten des Sockels, wo auch die verschiedenen Fahnen aufgestellt waren. Das Wetter war schön, und da in England am Sonnabend die meisten Fabriken, Werkstätten und die großen Geschäfte schon um 2 Uhr nachmittags schließen, so hatten viele Arbeiterinnen und Ladengehilfinnen die Möglichkeit, an der Demonstration teilzunehmen.

Auf der Tribüne befanden sich auch etwa 30 Arbeiterinnen aus dem Norden Englands, die am Freitag gekommen waren, um an der Demonstration teilnehmen zu können. Es waren Mädchen und Frauen, die in Baumwoll- und Wollfabriken, im Bergbau, als Kleidermacherinnen usw. beschäftigt sind. Sie waren alle nett gelaunt und sahen recht frisch und aufgeweckt aus. Sie sagten mir, im Norden Englands sei die Frauenbewegung sehr stark, da die Arbeiterinnen überzeugt sind, daß sie nur durch die politische Gleichstellung mit den Männern auch ökonomisch — auf der Lohnliste — zur Gleichstellung gelangen werden. Die Bewegung ist dort eifrig an der Arbeit, der Entrechtung der Frauen ein Ende zu machen. Ihre Selbstachtung gestattet es den Frauen nicht, als minderwertig betrachtet zu werden. — Erwähnenswert ist auch die aus zwei Arbeiterinnen bestehende französische Delegation, die die Pariser Frauenbewegung (Feministinnen) vertrat. Sie trugen eine rote Fahne mit einer französischen Inschrift.

Als Rednerinnen traten meistens Frauen auf: Panthurst, Billington, Kenny, Lawrence, Montefiore und andere minder bekannte Genossinnen. In Trafalgar Square überwog das sozialistische Element; die Reden waren durchaus sozialistisch. Die Zuhörer, mindestens 8000 Frauen, Mädchen und Männer, bestanden zum größten Teil aus Arbeiterinnen und Arbeitern, jedoch befanden sich auch — nach Zeitungsberichten — mehrere Lords darunter. Keir Hardie sprach dreimal: von jeder Seite des Sockels; ebenso Genossin Kenny, eine Textilarbeiterin von hervorragendem Rednertalent. Die Versammlung dauerte von 2 bis 6 Uhr.

Am Sonntag hielten die aus der Provinz gekommenen Arbeiterinnen eine Versammlung im Hyde Park ab. Das Wetter war regnerisch, aber der Regen konnte den Enthusiasmus der Frauen nicht abkühlen. Folgende Resolution wurde da angenommen und der Regierung übersandt: „Angesichts des drückenden ökonomischen Bedürfnisses der Frauen nach dem Wahlrecht, protestieren wir mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft gegen die Gleichgültigkeit und die Saumseligkeit der Regierung in dieser Frage. Wir verlangen die sofortige Einbringung einer Vorlage, die die Gleichstellung der beiden Geschlechter verwirklicht.“

Im ganzen konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich um eine sehr ernste Sache handelt. Die ganze Demonstration hatte nichts Künstliches, nichts Theatralisches an sich. Sie zeigte, daß die Frauen entschlossen sind, ihre Forderung um jeden Preis durchzusetzen.

Ein merkwürdiger Zufall wollte es, daß diese Demonstration am 100. Geburtstag John Stuart Mills stattfand, der ein großer Denker und einer der bedeutendsten Vorkämpfer für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes gewesen ist. Am 20. Mai 1867 hielt er im englischen Parlament eine berühmte Rede für das Frauenwahlrecht, und im Jahre 1869 veröffentlichte er ein Buch: „Die Hörigkeit der Frau“, das noch heute zu den Hauptwerken der Literatur zugunsten des Frauenwahlrechtes gehört. Einige Redner der Demonstration verfehlten es nicht, Mills zu gedenken.

M. Beer-London.

Der Kampf um die Rente.

Von E. G. (Schluß.)

Das eintreffende Urteil des Schiedsgerichtes trat vollständig den Behauptungen der Berufsgenossenschaft bei und erachtete den Kläger nur zu 66 2/3 Prozent erwerbsbeschränkt, da er fähig sei, leichtere Arbeit zu verrichten. Verschweigen konnte man leider dem Verletzten diese niederschmetternde Entscheidung nicht, weil Rekurs dagegen innerhalb Monatsfrist vom Tage der Zustellung an bei dem Reichsversicherungsamt zu Berlin eingelegt werden mußte. Der als Einschreibebrief an das Reichsversicherungsamt abgegangene, von Hartmann verfaßte Rekurs wies ausdrücklich auf den jetzigen verschlimmerten Zustand des Verletzten hin. Raum war er jedoch abgegangen, so kam schon wieder eine neue Hiobspost! Die Berufsgenossenschaft teilte dem Verletzten zur „Aufmunterung“ mit, daß er nach „erfolgreicher Kur“ als bedeutend gebessert aus der Heilanstalt entlassen worden sei, so daß der Grad seiner heutigen Erwerbsbeschränkung gar

nur noch — 50 Prozent betrage. Von der neu gemeldeten Erkrankung Webers war in dem Schreiben gar keine Rede. „Gibt es noch eine Gerechtigkeit?“ schrieb der Schwerkrante ein über das andere Mal auf. Seine Kräfte ließen von Tag zu Tag nach. Der Arzt konnte dem Fieber keinen Einhalt mehr gebieten. In dieser Zeit traf der zweite Bescheid ein, der die 50 Prozent Rente bestätigte. Zähneknirschend legte Hartmann gegen ihn Berufung ein.

Endlich hatte auch die Berufsgenossenschaft die Eingabe des Verletzten über seine Neuerkrankung soweit „verarbeitet“, daß sie ihn aufforderte, sich unverzüglich ihrem Vertrauensarzt in dessen Sprechstunde vorzustellen!!!

Erschrocken widerriet außer Hartmann auch der Hausarzt den Gang in die Sprechstunde. Deutlich sah er, daß die Vorstellung ein Ding der Unmöglichkeit war. Weber konnte der Aufforderung des Kreisarztes, der Karte auf Karte sandte, keine Folge mehr leisten. Er starb in der Nacht, nachdem ihm die Berufsgenossenschaft drohend geschrieben hatte, daß ihm die Rente entzogen werde, wenn er sich dem Arzte nicht bald vorstelle.

Der arme Verletzte hatte endlich ausgelitten. Nachdem Hartmann die Familie Webers einigermaßen getrostet hatte, meldete er der Berufsgenossenschaft den Todesfall. Die Meldung mußte von der Witwe unterschrieben werden. Auf Hartmanns Geheiß hatte diese auch auf dem Standesamt eine Sterbeurkunde zu verlangen, die unentgeltlich verabfolgt werden mußte. Dieses Dokument war der Meldung vom Ableben des Verletzten beizufügen. Einem Kollegen gegenüber, der den „Fall Weber“ mit großem Interesse verfolgt hatte, meinte Hartmann bitter, man muß die Sterbeurkunde schon deshalb einsegnen, daß die Herren glauben, daß Weber wirklich tot sei!

Bevor die Überreste des Verletzten zu Grabe getragen wurden, bat Hartmann den Hausarzt noch, doch im Interesse der Familie genau die Todesursache feststellen zu wollen. Von der Berufsgenossenschaft könne ja leicht bestritten werden, daß der Tod eine Folge des Unfalls sei, so daß die Hinterbliebenenrente verringert werde. Auf wiederholtes Zureden entschloß sich deshalb auch Frau Weber, in die Leichenschau zu willigen. Der zugezogene Spezialarzt konstatierte seinerseits ebenfalls, daß der Tod durch eine Verschlimmerung der Unfallfolgen verursacht worden sei. Dem Schiedsgericht und dem Reichsversicherungsamt teilte Hartmann das Ableben des Verletzten mit.

Lange schon ruhte Weber in seinem Grabe, und noch immer nicht hatte die Berufsgenossenschaft den Hinterbliebenen die so notwendige Rente ausgezahlt. Die auf der Post angewiesene Rente konnte Frau Weber nicht erheben, weil diese ja für den Verletzten selbst bestimmt war. Endlich kam der Bescheid, daß die Witwe erst noch eine Heiratsurkunde einzureichen habe, bevor die Familienrente festgesetzt werden könne. Das Reichsversicherungsamt entschied inzwischen, daß der Rekurs des Verletzten abzuweisen sei, weil eine höhere Erwerbsbeschränkung nicht nachgewiesen worden wäre. Das Schiedsgericht nahm jedoch wenigstens von dem eingetretenen Tode Webers insofern Notiz, als es dem behandelnden Arzte die Frage vorlegte, wann die Verschlimmerung eingetreten sei. Auf Grund des Gutachtens erklärte sich dann die Berufsgenossenschaft großmütig bereit, der Familie für die letzten Tage die Vollrente freiwillig zu zahlen. Dadurch war die Berufung erledigt. Nur durch den Tod konnte der „Beweis“ erbracht werden, daß Weber kein Simulant war, wofür ihn die Berufsgenossenschaft und die Gerichte hielten, meinte Hartmann zu seinen Kollegen.

Nach geraumer Zeit traf endlich der Bescheid der Berufsgenossenschaft auf die letzte Eingabe ein. Hartmann erklärte der Witwe Weber das Schreiben dahin, daß ihr an Sterbegeld der 15. Teil des Jahresverdienstes ihres verstorbenen Ehemannes, gleich 90 M., ausgezahlt werde. Die Rente für sie und ihre Kinder betrage 60 Prozent dieses Lohnes, wie ihr ja schon während der Pflege des Verstorbenen in der Heilanstalt ausgezahlt worden sei. Sie beziehe also monatlich zusammen 67,88 M. Rente vom Tage des Todesfalls an. Die Kinder würden die Rente erhalten, bis sie das 15. Lebensjahr erreicht hätten; da nun vier Kinder vorhanden wären, so würde der gleiche Betrag an Rente auch weitergezahlt, nachdem die beiden ältesten Kinder 15 Jahre alt geworden seien. Für jedes Kind würden nämlich 20 Prozent des Jahresverdienstes, zusammen jedoch nur 60 Prozent gezahlt. Frau Weber erhalte die Rente von 20 Prozent bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheiratung. Im Falle der Wiederverheiratung stehen ihr nach geschlossener Ehe 60 Prozent des Jahresverdienstes, in diesem Falle 813 M. als Abfindung zu. Die Berufsgenossenschaft hätte natürlich nichts dagegen, wenn die noch junge Witwe wieder heiraten werde, denn dadurch würde sie den „Fall Weber“ bald los-

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Auftrag des Agitationskomitees für Hessen-Nassau sprach die Unterzeichnete in Versammlungen in der Provinz sowie im Großherzogtum Hessen. Eine stark besuchte Versammlung in Homberg v. d. Höhe bildete den Anfang der Tour. Die Beteiligung der Frauen daran hätte eine bessere sein können, doch gelang es, unserer „Gleichheit“ in etwa zwei Duzend Exemplaren Eingang zu verschaffen; dazu kommt noch ein guter Erfolg für die Partei und die Verbreitung der „Volksstimme“. Die Versammlung in Launsbach (Wahlkreis Wehrhahn) war glänzend besucht; aus allen Orten der Umgegend waren Männer und Frauen in großer Zahl herbeigekommen, namentlich die letzteren waren sehr stark vertreten. Nachdem in dieser Versammlung unsere „Gleichheit“ von

einer Anzahl Familien abonniert ward, wird Genossin Bauth-Weylar gemeinsam mit den Genossen und Genossinnen des Ortes für eine weitere Verbreitung Sorge tragen. In Langendiebach bei Hanau hatten die Genossen eine Reiseversammlung arrangiert, in welcher der Bürgermeister sich berufen fühlte, der Referentin vorzuschreiben, was sie nicht sagen dürfe. Wir machten dem Herrn jedoch klar, daß das nicht seines Amtes sei. Eine Genossin war bereit, den Posten der Vertrauensperson zu übernehmen, und zirka 30 Abonnenten der „Gleichheit“ meldeten sich. Der 1. Mai brachte uns nach Frankfurt a. M. Die Morgenversammlung im Gallusaal war ebenso überfüllt wie die in den übrigen Lokalen. Ungemein angenehm empfand man die praktische Agitationsarbeit, welche von unseren Genossinnen geleistet ward. Mitte Mai fand in Frankfurt a. M. eine zweite Versammlung im Gewerkschaftshaus statt zur Agitation unter den Frauen. Anlässlich der Reichstagswahl im Wahlkreis Darmstadt referierte die Unterzeichnete in Mörfelden und Weiterstadt. Glänzend besucht und von gutem, greifbarem Erfolg war die Versammlung in Kellheim, wo sich eine recht intelligente Genossin für den Posten der Vertrauensperson fand. In der überfüllten Versammlung in Griesheim referierte zum zweiten Punkte, über den Frauenbildungsverein, Genossin Schulze-Frankfurt, die auch einen guten Erfolg für den Verein erzielte. Soffenheim und Biebrich hatten Maiversammlungen. Im letzteren Orte haben wir einen jungen aufblühenden Frauenverein, um dessen Weiterentwicklung unsere dortige Vertrauensperson sich lebhaft bemüht. In die Versammlung zu Soffenheim waren die Beamten mit der Beifügung gekommen, daß die Frauen sich ins Segment setzen müßten. Wir kritisierten scharf das ungerechtfertigte Vorgehen der Behörde und riefen die Frauen zum Protest dagegen auf, den sie zunächst bekunden möchten durch einmütiges Abonnement auf die „Gleichheit“. Wir hatten die Genugtuung, daß mehr als 60 Frauen der Aufforderung folgten, und daß eine von Soden anwesende Genossin sich freiwillig erbot, dort mit der Agitation unter den Frauen zu beginnen. Ein paar herrliche Versammlungen tagten in Westerwald, und zwar in Höhr und in Birges. In Höhr, wo eine alte keramische Industrie, die der „Kannenbäder“, sich in jüngster Zeit mehr und mehr zur Großindustrie entwickelt (worüber wir später berichten werden), waren Saal, Gaststube und Garten von dichtgedrängten Menschen besetzt. Im Garten fanden sich auch viele Frauen, im Saale nicht eine einzige. Mit 40 Aufnahmen für die Partei und 22 Abonnenten für die „Volksstimme“ faßten wir hier festen Fuß mit unserer Bewegung. In Birges haben wir durch die Glasarbeiter bereits eine sehr gute Bewegung. Infolge des Schichtwechsels in der Glasindustrie konnte leider nur die eine Hälfte der Arbeiter der Versammlung beiwohnen, dafür waren aber die Frauen um so zahlreicher erschienen, so daß der weite Saal dicht besetzt war. Während ihrer Offensivpause von 9 bis 10 Uhr kamen dann auch die Nachschichtler auf ein halbes Stündchen zur Versammlung gesprungen. Zwei Frauen wurden für den Posten der Vertrauensperson gewählt, die „Gleichheit“ erhielt 100 neue Leserinnen. Die Versammlung in Alschaffenburg hätte besser besucht sein können. Zimmerhin wurden 18 Parteimitglieder und einige Gleichheitsabonnenten gewonnen, vor allem aber unserer wackeren Vertrauensperson, Genossin Eugler, der Mut neu gestärkt. Prätig besucht, zum Teil überfüllt waren die Versammlungen in Wiesbaden, Dohheim, Wilbel, Oberhöchstädt und Gießen. An allen Orten wurden der Partei neue Mitglieder, der „Volksstimme“ sowie der „Gleichheit“ Abonnenten gewonnen, so der letzteren in Gießen 50, in Wiesbaden 27, in Wilbel mehr als 30, in Oberhöchstädt ebensoviel. Fast überall ward vor allem durch die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson der Grundstein für eine planmäßige Agitation unter den Frauen gelegt. Besondere Freude bereitete es, daß an kleinen, oft weltentlegenen Orten sich bereits eine lebhaftere Bewegung zeigt, sich gute, zum Teil schon recht starke Parteiorganisationen gebildet haben. Es geht eben unaufhaltsam vorwärts, mit der Allgemeinbewegung wie auch mit der Frauenbewegung. Die fast 500 Abonnenten, welche die „Gleichheit“ bei dieser Tour gewonnen hat, illustrieren das aufs neue.

Luiße Zieg.

In den Tabakfabriken Schlesiens und Posen werden ungezählte Massen von Arbeiterinnen beschäftigt. Um sie ihrer Organisation einzureihen, berief der Tabakarbeiterverband in den folgenden Orten Versammlungen ein: Görlitz, Haynau, Goldberg, Griesenberg, Liegnitz, Sprottau, Breslau, Striegau, Jauer, Oppeln, Wanssen, Brieg, Ohlau, Neumarkt, Rawitzsch, Posen, Birnbaum, Schwerin, Schönlanke und Bromberg. Auf der Tagesordnung stand: „Die Arbeiterin als Hausfrau und Lohnflavin“ und „Die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Zeit“. Die Beteiligung an den Versammlungen war groß, trotz der Gegenagitation der „Christlichen“, die sich alle Mühe gegeben hatten, die Arbeiterinnen vom Besuch der Versammlungen zurückzuhalten oder die Saalinhaver zu bestimmen, in letzter Stunde ihre Lokale zurückzuziehen. In Oppeln zum Beispiel hatten die Christlichen in den Arbeitsfäden erzählt, daß acht Tage nach der „sozialdemokratischen“ Veranstaltung eine Versammlung des Christlichen Tabakarbeiterverbandes stattfinden solle, in welcher eine Referentin aus Berlin die Wahrheit sagen werde. Nichtsdestoweniger waren viele Arbeiterinnen in unserer Versammlung. Mit ihnen hatten sich auch einige Arbeitgeber eingestellt, welche die Verwaltung des Verbandes besonders eingeladen hatte. Bei einem derselben, einem Herrn Häurich, machte sich die Wirkung eines durch-

zweiten Tages bemerkbar. Trotz mehrmaliger Ermahnung des Vorsitzenden trauerte er während des Vortrags so unanständig, daß sich einige Arbeitgeber seiner schämten und den Saal verließen. In Schönlanke, Sprottau, Ohlau und Bromberg hatten die „Christlichen“ alle Hebel in Bewegung gesetzt, dem Deutschen Tabakarbeiterverband die Versammlungen zu verderben. In Sprottau und Ohlau wurde ihnen gründlich die Wahrheit gesagt. Die Versammlung für Bromberg mußte ausfallen, da keine einzige Tabakarbeiterin anwesend war, dagegen erschienen zwei Vertreter der Fabrikanten, mit denen Genosse Stössel tüchtig abrechnete. Übrigens fällt an dem Tage der Versammlung auch den Genossen und Genossinnen Brombergs ein Teil der Schuld zu, da diese erst einen Tag vorher mit der Agitation begonnen hatten. Zur Versammlung selbst waren von den organisierten Genossinnen nur drei erschienen. Das ist um so bedauerlicher, als gerade in Bromberg mit aller Kraft für die Organisation der Tabakarbeiterinnen gewirkt werden mußte. In den Tabakfabriken werden die männlichen Arbeitskräfte immer mehr durch weibliche verdrängt. Um die Arbeiter auszuschalten, gibt man sogar den Arbeiterinnen bessere Arbeit und höhere Löhne als ihnen. Diese Erscheinung muß zum Nachdenken und zur Organisation treiben. Marie Backwich.

Vom 18. bis 22. Mai unternahm Genossin Baader Berlin auf Veranlassung der Vertrauensperson für Kiel und Gaarden eine Agitationstour im vierten schleswig-holsteinischen Wahlkreis. Sie sprach in den Orten Rortorf, Neumünster, Gaarden, Kiel, Winterbel, Preetz, Rendsburg und Kopperpahl über das Thema: „Die Frau im politischen Kampfe der Gegenwart.“ In Ellerbek mußte die Versammlung ausfallen, da der Vertrauensmann leider die Anmeldung veräußert hatte. Die Versammlungen zeitigten, wenn auch einige hätten besser besucht sein können, ein zufriedenstellendes Resultat; so wurden durch die trefflichen Ausführungen der Genossin Baader in Rortorf 8, in Gaarden 56, in Kiel 78, in Winterbel 17, in Preetz 12, in Rendsburg 12, in Kopperpahl 34 und in Ellerbek durch besondere Agitation 30 Abonnenten auf die „Gleichheit“ gewonnen. In Winterbel und Ellerbek wurde je eine Kommission von drei Frauen gebildet, welche die Agitation unter den Frauen betreiben sollen. Wenn man bedenkt, daß einesteils die proletarische Frauenbewegung im Wahlkreis noch sehr jung ist — es ist erst ein Jahr her, daß Genossin Zieh durch ihre Agitation sie in Fluß brachte —, und daß andernteils aber keine Industrie vorhanden ist, in der Frauen beschäftigt werden, so kann man mit unseren Fortschritten zufrieden sein. Ein guter Maßstab für die Entwicklung unserer proletarischen Frauenbewegung ist die Abonnementzahl der „Gleichheit“. Sie beträgt in Gaarden annähernd 350, in Kiel etwa 300, das ist innerhalb eines Jahres ein ganz hübscher Erfolg. Hoffen wir, daß wir 1906 ebenso vorwärts kommen. Th. Niendorf.

Der Vorsitzende des ersten hannoverschen Wahlkreises vertraute die Unterzeichnete damit, in Ostfriesland, wo bisher trotz wiederholter Agitation unter den Frauen kein greifbarer Erfolg erzielt worden war, zu Emden, Norden und Leer in gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen über den „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen und politischen Organisation auch für die Frauen“ zu referieren. In Emden waren die Behörden schon mehrmals gegen die Beteiligung der Frauen an Versammlungen eingeschritten, und da die Metall- und Hafnarbeiter in der Folge nicht mit der Anwesenheit weiblicher Zuhörer für ihre Versammlungen rechneten, mußte die Referentin das Thema ihres Vortrags ändern. Zur Versammlung der Hafnarbeiter kamen aber trotz allem Frauen in größerer Anzahl, welche von der Referentin auf die für den nächsten Tag anberaumte Frauenversammlung hingewiesen wurden. Der Behörde von Emden gefiel es jedoch, die Versammlung zu verbieten, und zwar nur deshalb, weil der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins sie angemeldet hatte. In einer daraufhin sofort einberufenen Volksversammlung konnte schließlich das Thema ungehindert erörtert werden. Mit der Leitung der weiteren Agitation unter den Proletarierinnen wurde Genossin Schünung betraut, die reges Interesse und Energie für ihr Amt mitbringt. 25 Versammlungsbesucherinnen abonnierten sich auf die „Gleichheit“. Wenn die Genossen mit Rat und Tat den Genossinnen zur Seite stehen und sie an ihren Kämpfen teilnehmen lassen, so wird die proletarische Frauenbewegung in Emden bald rüstig vorwärts schreiten. Für die Volksversammlung in Norden war intensiv vorgearbeitet worden, Genossin Forkel wurde als Vertrauensperson gewählt. Die Referentin machte ebenso wie in Emden die Frauen auf ihre Pflicht aufmerksam, alle bürgerlichen Klatschblätter aus ihren Wohnungen zu verbannen und nur die Parteipresse zu lesen. Der „Gleichheit“ wurden 25 Abonnentinnen zugeführt. In Leer, wo die Metallarbeiter noch immer im Kampfe um ihr Koalitionsrecht stehen, war durch ein Mißverständnis statt einer Volksversammlung eine Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes einberufen worden. Aber nicht lange mehr, und die Proletarierinnen von Leer werden dem Beispiel ihrer Schwestern von Emden und Norden folgen. Der Probenhochmut der Fabrikanten hat ihnen über ihre Interessen und ihre Pflichten die Augen geöffnet. Neben der Aussperrung hat eine Sturmflut viele Arbeiterfamilien schwer geschädigt, und hätte nicht die Organisation hinter ihnen gestanden, so wären sie der bittersten Not ausgehört gewesen. Wenn dieser Bericht erscheint, wird der Kampf wahrscheinlich entschieden sein, und zwar hoffentlich nicht zumungunsten der Arbeiter. Durch seine Herausbeschwörung haben die Fabrikanten, wenn auch ungewollt, sehr viel zur Aufrüttelung der Proletarierinnen beigetragen,

und es ist eine Freude, zu beobachten, wie eifrig sie die sozialistischen Ideen erfassen. Und so schwer die Ostfriesen für Neues zu gewinnen sind, so unerschütterlich halten sie an dem fest, was sie als recht erkannt haben. Den Genossinnen von Emden und Norden ein herzliches Glück auf zu ihrer jungen Bewegung. Berta Gotthausen.

In der Zeit vom 13. bis 18. Mai fanden in Bützfel, Pinzela, Jena, Gera, Altenburg und Eisenberg Frauenversammlungen statt, in welchen Genossin Weyl über „Die Frau als Staatsbürgerin und Hausfrau“ und „Die Frau und der Sozialismus“ sprach. Die Versammlungen in Pinzela, Altenburg und Eisenberg erfreuten sich eines vorzüglichen Besuchs, während die anderen mäßigeren Zuspruch hatten, was wohl zum Teil auf das sehr schlechte Wetter zurückzuführen sein mag. Die Vorträge wurden mit großem Interesse aufgenommen. Auch durch diese Versammlungen werden uns neue begeisterte Anhänger und Mitstreiter erwachsen sein. K. W.

Um die proletarischen Frauen über den Wert der Organisation aufzuklären und sie für einen festen Zusammenschluß zu gewinnen, wurde kürzlich in Ronsdorf eine öffentliche Versammlung abgehalten, in welcher Genossin Plum-Essen das Thema behandelte: „Warum müssen sich die Frauen organisieren?“ Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die eventuelle Gründung eines Frauenvereins erörtert. Genossin Seiffert-Eiberfeld nahm dazu das Wort. Sie sprach sich in Übereinstimmung mit der Referentin für eine lose Organisation aus. Die Versammelten erklärten sich durch Abstimmung mit dem Vorschlag einverstanden und wählten die Genossinnen Luschbrink und Wille provisorisch in den Vorstand. Die Versammlung, in der Agitationsnummern der „Gleichheit“ verteilt wurden, führte derselben 13 neue Leserinnen zu, so daß unsere Frauenzeitung in Ronsdorf insgesamt 53 Abonnentinnen zählt, welche seit Ende März gewonnen worden sind. Sehr zu bedauern war angesichts der wichtigen Tagesordnung der schwache Besuch der Versammlung von Seiten der Frauen. Das Vorurteil gegen die politische Betätigung des weiblichen Geschlechtes hält immer noch viele Arbeiterinnen von den Versammlungen fern. Den Bemühungen der aufgeklärten Genossinnen gelingt es hoffentlich, in dieser Beziehung recht bald Wandel zu schaffen. S.

In Schmiedeberg referierte Ende April Genossin Backwich in einer Volksversammlung über das Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Zeit, und welche Folgen zeitigen sie für die Familien?“ Ihre Ausführungen fanden die lebhafteste Zustimmung der Versammelten. In der Debatte forderte Genossin Brückner die in großer Zahl erschienenen Frauen auf, der Organisation beizutreten und die „Gleichheit“ zu lesen. Ihre Worte fielen bei 10 Frauen auf fruchtbaren Boden. Jda Albrecht.

Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Mannheims. Die proletarische Frauenbewegung Mannheims, die im April 1905 einsetzte, kann dank rührigster Arbeit der Genossinnen auf ein Jahr der erfolgreichsten Tätigkeit zurückblicken. Der sozialdemokratische Frauenverein, welcher mit 120 Mitgliedern gegründet wurde, zählt deren jetzt 450. Die Genossinnen sind freudig für ihre Organisation tätig, ohne Mühe und Opfer zu scheuen; sie lassen keine Gelegenheit ungenutzt vorübergehen, welche die junge Frauenbewegung fördern kann. In Versammlungen, bei unterhaltenden und feierlichen Veranstaltungen, durch Hausagitation suchen sie ihr neue Anhängerinnen zu werden. Ein Stamm von Genossinnen läßt sich besonders angelegen sein, die Mitglieder im Wochenbett und bei Krankheiten liebevoll zu pflegen und ihnen in Fällen der Not persönlich wie materiell helfend zur Seite zu stehen. Durch ihr aufopferndes Wirken gewinnen sie auch die rückständigsten Frauen für unsere Ideale. Zur guten Entwicklung der Mannheimer proletarischen Frauenbewegung haben sie ganz erheblich beigetragen, und es gebührt ihnen Anerkennung und Dank. Außer zwölf Mitgliederversammlungen haben im Laufe des Jahres zwei öffentliche Frauenversammlungen stattgefunden, in welchen Genossin Kähler und Genossin Vorchardt referierten. Der schriftlichen Agitation diente die „Gleichheit“, die das obligatorische Organ des sozialdemokratischen Frauenvereins ist. Sie hat den Genossinnen Anregungen und Kenntnisse gebracht und ihnen stets durch das Beispiel der tätigen Schwestern in den anderen Orten aufs neue den Mut und die Kraft zum Kampfe gestärkt. Der Entwicklung der Bewegung entsprechend waren die Klassenverhältnisse der Organisation sehr gute. Den Einnahmen von 1183,27 M. standen 952,53 M. Ausgaben gegenüber. Zellerammlungen zugunsten erkrankter Genossinnen ergaben 56 M. Am 1. April dieses Jahres hat sich die sozialdemokratische Frauenorganisation Mannheims dem sozialdemokratischen Verein angeschlossen, an den auch ihre Kasse und ihre Verwaltung übergegangen sind. Eine gut besuchte Versammlung erteilte Genossin Hoffmann als Vertrauensperson und Kassiererin Decharge und übertrug ihr für das neue Jahr wiederum den Posten als Vertrauensperson. Als Schriftführerinnen wurden die Genossinnen Blase und Schüt gewählt. Wie bisher werden die organisierten Proletarierinnen Mannheims weiter ihre Pflicht erfüllen. Sie beherzigen des Dichters Worte:

Wo oft die Männer feige stund'gen
Durch Jagen an dem Geist der Zeit,
Erhebt euch, Frauen, ihr Unmünd'gen,
Ein Wort der Freiheit zu verkünd'gen,
Tragt tote Fahren in den Streit!
Verlaßt der Stuben enge Feier,
In die Geschichte tretet ein,
Habt ihr Gehör — so schlagt die Feier,
Und habt ihr Schönheit — wählt euch Feierei,
Doch seien es Freie, die euch frein.

Stephanie Hoffmann.

Genossenschaftliche Rundschau.

Das Königreich Sachsen weist, entsprechend seiner sozialen Entwicklung, auch die ausgedehnteste und intensivste Entwicklung des Konsumvereinswesens auf. Der Bericht des Verbandes sächsischer Konsumvereine über die Entwicklung im Jahre 1905/06 zeigt den Verband wieder in führender Stellung unter den deutschen Landesverbänden. Die Zahl der angeschlossenen Vereine stieg von 143 im Vorjahr auf 155, von denen 151 zur Statistik berichteten, davon 145 Konsumvereine mit 222.600 Mitgliedern. Da es sich dabei zumeist um Familienhäupter handelt, ist über ein Fünftel der sächsischen Bevölkerung genossenschaftlich organisiert. Nach der von 123 Vereinen aufgenommenen Berufsstatistik der Mitglieder waren rund 74 Prozent gewerbliche, 2 Prozent landwirtschaftliche Lohnarbeiter, 4 Prozent Staats- und Gemeindebeamte und andere, 7 Prozent selbständige Gewerbetreibende, 1 1/2 Prozent Landwirte, 11 1/2 Prozent Witwen und sonstige Berufslose. Da auch in den übrigen Gruppen das proletarische Element überwiegen dürfte, so sehen wir die Konsumentenorganisation als wirtschaftliche Organisation der Arbeiterschaft — eine Tatsache, die das vielfach rücksichtslose und direkt ungerechte Vorgehen staatlicher und kommunaler, im Dienste kapitalistischer und „Mittelstands“interessen stehender Behörden gegen die Konsumgenossenschaften hinreichend erklärt.

Trotzdem ist der Fortschritt unverkennbar. Die Mitgliederzunahme betrug rund 10.900 = 5 Prozent des vorjährigen Bestandes. Der Umsatz stieg von 57.056.400 auf 61.804.900 M., das ist um 8 1/2 Prozent. Auf ein Mitglied entfiel ein Umsatz von 269 M. Der Reinüberschuß betief sich auf 7.018.000 M., wovon 6.480.200 M. als Rückvergütung an die Mitglieder verteilt wurden; durchschnittlich 29 M. Den eigenen Vereinsfonds wurden 270.000 M. überwiesen, zu gemeinnützigen Zwecken 102.400 M. verwandt.

Beschäftigt wurden in der Warenverteilung 1752 weibliche und 955 männliche Personen, in der eigenen Produktion 350 und 235, zusammen 2089, wozu noch 63 (35 männliche, 28 weibliche) in Produktiv- und ähnlichen Genossenschaften, 11 (7 männliche, 4 weibliche) im Volkshaus Chemnitz Beschäftigte kommen. In der Schneidereiorganisation in Dresden arbeiteten 17 männliche, 25 weibliche Personen. In der Hauptsache entfiel die Produktion auf Bäckerei (20) und Schlächtereien (10). Die Bäckereien haben fast alle achtstündige Arbeitszeit, völlige Freigabe der drei hohen Feste, alljährlichen Urlaub von einer Woche mit fortlaufendem Lohne, Babegelegenheit usw. eingeführt und den mit dem Bäckerverband vereinbarten Tarif anerkannt. „Mit allen anderen im Betrieb beschäftigten Personen sollen ähnliche Vereinbarungen getroffen werden, nur kann den in der Warenverteilung Beschäftigten die achtstündige Arbeitszeit vorläufig nicht gewährt werden. Für etwaige Differenzen sind zum Teil Arbeiterschlichter und Schiedsgerichte geschaffen worden. Wenn auch die Verhältnisse der Beschäftigten in manchem gebessert werden könnten, so sind sie doch gegen die Privatbetriebe weit voraus“, bemerkt zutreffend der Bericht, der auch die Unterstützungskasse warm und hoffentlich auch mit Erfolg empfiehlt.

Er weist weiter eine Bilanz auf, die sich auf 27.232.900 M. beläuft und eine Erhöhung der Aktiva um 2.286.200 M. ergibt. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betragen 5.851.100 M., Reserve- und sonstige eigene Fonds 2.526.800 M., Spareinlagen, Hausanteile der Mitglieder usw. 3.625.500 M. So stellen die Konsumvereine nach etwas über zwanzigjähriger, bewußt gepflegter Entwicklung bereits einen ansehnlichen Machtfaktor des arbeitenden Volkes dar. Möge er immer weiter und wirksamer entfaltet, möge die genossenschaftliche Idee in ihrer Reinheit immer mehr, von anhaftenden Schlacken kapitalistischer Überlieferung befreit, ausgebildet werden: ein Mittel zur wirtschaftlichen Hebung, Erziehung und Befreiung der Volksmasse, ein Vorbild für die ganze deutsche Arbeiterschaft! — Der Rat von Dresden hat das Verbot der Zugehörigkeit zu Konsumvereinen wieder aus der städtischen Arbeitsordnung entfernt.

Der Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft für 1905 weist eine gesunde Weiterentwicklung dieser geschäftlichen Zentrale der deutschen Konsumvereine auf. Die Zahl der angeschlossenen Vereine stieg von 348 auf 386, die der laufenden von 1366 auf 1905. Der Umsatz stieg von 33.929.400 M. auf 38.780.200 M., das ist um 14,3 Prozent. Das laufende Jahr weist bereits eine erheblich stärkere Zunahme auf: im ersten Vierteljahr einen Umsatz von rund 10.277.000 M. gegen 8.181.000 M. i. V. (mehr 22 1/2 Prozent). Eine starke Entwicklung weist der Umsatz in Manufaktur- und Schuhwaren auf, der die Höhe von 2.540.000 M. erreichte. Von genossenschaftlichen Organisationen wurden Waren für 852.900 M. bezogen (i. V. 639.650 M.), wozu noch der Umsatz der Verlagsanstalt des Zentralverbandes in Höhe von rund 250.000 M. kommt. Am höchsten war der Bezug von der Tabakarbeitergenossenschaft mit 298.300 M., von deren Geschäftsanteilen die G.-G.-G. den weitaus größten Teil besitzt. In nicht ferner Zeit wird diese Genossenschaft, die heute über 250 Arbeiter beschäftigt, ein Produktivbetrieb der G.-G.-G. sein, deren Produktion sich bis jetzt auf die Raffinerie (Umsatz 812.000 Kilogramm) beschränkt.

Die vor zwei Jahren beschlossene Erhöhung des Stammapitals von 500.000 auf 750.000 M. konnte nach Vollzahlung dieses Betrags Ende Mai 1905 ins Handelsregister eingetragen werden. Jetzt wird eine weitere Erhöhung auf 1.000.000 M. beantragt, außerdem von dem Reinüberschuß von 238.600 (200.340) M. eine Zuweisung von 133.820 M. an die eigenen Fonds, die dadurch auf

380 200 Mk. steigen würden. So bietet alles das Bild einer ebenso lebhaften wie kräftig fundamentierten Entwicklung.

Im Konsumverein Ludwigshafen haben die seit Jahren bestehenden Differenzen zwischen dem gewerkschaftlichen und dem bürgerlichen Element der Mitgliedschaft durch Neuwahl einer vollständig dem Kreise der fortgeschrittenen Arbeiterschaft angehörenden Verwaltung eine radikale Lösung gefunden. Der Verein, der unter der veralteten Leitung bisher einen Stillstand der Entwicklung aufwies, dürfte nunmehr eine kraftvolle Aufwärtsbewegung nach dem Muster der benachbarten Arbeiterkonsumvereine erleben.

Der Verband der belgischen Konsumvereine erzielte in seiner Zentralstelle im Jahre 1905 einen Umsatz von 1 492 000 Mark, gegen 1 308 000 Mk. im Jahre 1904. Davon entfielen 629 000 Mk. auf Erzeugnisse der Produktivgenossenschaften. Das Anteilkapital beträgt 61 000 Mk. Dem Verband sind 98 Vereine angeschlossen.

Auf der Weltausstellung in Mailand ist eine besondere Abteilung für genossenschaftlichen Geschäftsbetrieb eingerichtet, auf der die englischen, französischen, schweizerischen und belgischen Konsumvereine vertreten sind.

Ein zweites Konvaleszentenheim, an der See gelegen, haben die englischen Konsumvereine eröffnet. In England gibt es bekanntlich keine gesetzliche Kranken- oder Invalidenversicherung, weshalb auch dieses Feld der Selbsthilfe verblieben ist, die natürlich in die Kreise der Bedürftigsten niemals eindringt. Erst das planmäßige Zusammenwirken von organisierter Selbsthilfe und staatlicher Einwirkung vermag den schlimmsten Wirkungen der kapitalistischen Entwicklung die Spitze abzubrechen.

Die glänzende Entwicklung des Genossenschaftswesens in Großbritannien wird durch die folgenden Angaben illustriert. Die englische Großeinlaufsvereinigung allein hat im Jahre 1905 für mehr als 420 Millionen Mark Waren umgesetzt. Sie betreibt eine eigene Bank, die über 2000 Millionen Mark umgeseht hat, und folgende Produktivbetriebe: 2 Großmühlen, Biskuitsfabrik, Speckfederei, Konserven-, Tabak-, Seifenfabrik, 2 Buchdruckereien, 2 Tischlereien, eine Reihe Fabriken von Bürsten, Drogen, Wäsche, Kleidungsstücken, Strumpfwaren, 2 Flanellwebereien und 3 Tuchfabriken, 8 Schuhfabriken mit einer Erzeugung von über 2 Millionen Paar. Dazu gewaltige Lagerräume, Seeschiffe, Landgüter usw. Verhältnismäßig noch günstiger steht die seit 1868 existierende schottische S.-S.-S., die für mehr als 140 Millionen Mark Waren absieht. Beide zusammen sehen jetzt also nahe an 600 Millionen Mark jährlich um. Seit 1864 betrug ihr Umsatz mehr als 7 1/2 Milliarden Mark. Sie haben die Lebenshaltung der englischen Volksmassen in dieser Zeit sicher um mehr als 1500 Millionen Mark verbessert, wozu die vielen indirekten Vorteile günstiger Arbeitsverhältnisse, Vermeidung der Schwärze, gesteigerte Wirtschaftlichkeit und Volksbildung und anderes noch hinzukommen.

Was ließe sich erst in Deutschland durch planvolles Zusammenwirken aller Zweige der Arbeiterbewegung schaffen. Simon Katzenstein.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Maisfeier, die bekanntlich in diesem Jahre eine stärkere Beteiligung aufwies denn je zuvor, gab einigen Unternehmern abermals Anlaß, ihren Standpunkt des „Herrseins im Hause“ dadurch zu markieren, daß sie die Arbeiter auf einige Tage aussperrten. Die Buchbindereibesitzer benutzten jedoch den Moment, um den Arbeitern und Arbeiterinnen den Tarif zu kündigen. Daß die Maisfeier nur zum Vorwand ihres Vorgehens diente, erhellt daraus, daß die Unternehmer schon Wochen vorher auf eine Anfrage der Arbeiterorganisation bezüglich der im August bevorstehenden Tarifrevision erklärten, der Tarif müsse ohne jede Änderung auf weitere fünf Jahre festgelegt werden. Seit Jahren aber sind die Arbeiter und Arbeiterinnen schon daran, den seit 1900 geltenden Tarif einer sehr notwendigen Revision zu unterziehen. Die Unternehmer haben es nie recht ernst mit der Tarifdurchführung gemeint. Der Beschluß der Berliner Zahlstelle des Buchbinderverbandes, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, bot ihnen die längst ersehnte und gesuchte Gelegenheit, sich des lästigen Tarifs entledigen zu wollen. Die Berliner Unternehmer verlangten nach der „Strafaußsperung“ bedingungslose Aufnahme der Arbeit, die Ausgesperrten dagegen verlangten Wiedereinstellung der Ausgesperrten an ihre alten Plätze. Das Ansinnen der Leipziger Prinzipale an ihr Personal, die Berliner Arbeit zu machen, wurde abgelehnt, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen diese Arbeit mit Recht als schimpfliche Streikbrecherarbeit betrachten; das Gleiche geschah neuerdings auch in Stuttgart. Ausgesperrt sind von den drei Zentren des Buchbinderverbandes rund 4000 Personen, darunter über die Hälfte Arbeiterinnen. Die Unternehmer rechnen wohl damit, daß die jetzige Zeit, die sonst für die Buchbinderei nicht zur flotten Saison gehört, ein längeres Aushalten ihrerseits möglich machen würde. Die Rechnung stimmt aber nicht ganz. Ausnahmsweise soll schon jetzt das Geschäftsleben ein beschleunigtes Tempo zeigen, und viele eilige Aufträge bleiben infolge der Aussperrung liegen. Außerdem und nicht zum mindesten unterschätzen die Unternehmer die Solidarität der Arbeiterschaft und ihre Einsicht in die kapitalistischen Machinationen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Buchbindergewerbes erkennen klar, daß ihr Kampf in der gegenwärtigen Situation nicht nur der Abwehr der schmähtlichen Zumutung gilt, Streikarbeit zu machen, daß vielmehr tatsächlich schon die Hauptschlacht um einen günstigeren Tarif und die Anerkennung der Organi-

sation als den beruflichen Vertreter der Organisierten geschlagen wird. Besonders erfreulich ist der Umstand, daß die Arbeiterinnen ausnahmslos feststehen und allen Lockrufen der Unternehmer gegenüber taube Ohren zeigen.

Die Tabakindustrie ist nun vom nimmermatten Reichsfißloch doch noch mit der Steuerschraube bedacht worden. Die Bänderolsteuer für die Zigaretten ist so gut wie sicher unter Dach und Fach, obgleich die dritte Lesung des entsprechenden Entwurfs im Reichstag noch aussteht. Durch die Steuer wird natürlich die Zigarettenfabrikation sehr geschädigt, und da in dieser zahlreiche Arbeiterinnen beschäftigt sind, werden viele Proletarierinnen arbeits- und brotlos, für andere verschlechtern sich die Erwerbsverhältnisse. Aber was fragt der Staat des Ausbeutertums nach dem Glend, das er über die Ausgebeuteten bringt. Er braucht Steuern, und seinem Wesen nach holt er diese nicht aus den feuerficheren Geldschränken, sondern aus dem mageren Beutelchen des armen Mannes.

Die Lokalorganisierten können nicht die gleiche erfreuliche Entwicklung vermelden, welche die Verbandstage der zentralisierten Gewerkschaften dargetan haben. Auf ihrem letzten Kongreß, der kürzlich stattfand, mußte konstatiert werden, daß die Mitgliederzahl rückwärts geht. Und das ist erklärlich genug. In einer Zeit, wo das Ausbeutertum sich immer fester zusammenschließt und gestützt auf seine Arbeitertruhverbände sich immer proziger gebärdet, muß in der Klasse der Ausgebeuteten klarer als je der selbstmörderische Charakter jeder Sonderbündelei in Erscheinung treten. Schlimm genug, daß die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsorganisationen Zwiespalt und oft genug Verrat in das wirtschaftlich kämpfende Proletariat tragen. Die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter müssen jede Sonderbündelei vermeiden. Angesichts der Zeichen der Zeit, die zum Zwecke höchster Kraftentfaltung auf Einheit, auf Zentralisation der gewerkschaftlichen Organisationen hindrängen, sollten sich die Lokalorganisierten endlich zum Anschluß an die Zentralverbände entschließen, zu dem ihnen seinerzeit auch der sozialdemokratische Parteivorstand dringend geraten hat. #

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Die Nürnberger Dienstbotenorganisation hielt am 27. Mai eine Versammlung ab, in welcher Dr. Adolf Braun über „Deutsche und amerikanische Dienstbotenverhältnisse“ referierte. An der Hand reichen Materials lieferte er den Beweis, daß die amerikanischen Dienstboten weit besser gestellt sind als die deutschen. Für das ausgezeichnete Referat, auf das wir noch zurückkommen, dankten die Mädchen durch lebhaften Beifall. Die Diskussion verlief sehr stürmisch. Ein Dienstmädchen forderte nämlich auf, dem Verein nicht beizutreten. Die bestehenden Mißstände würden auch ohne Organisation von den Herrschaften bereitwillig abgeändert, die Mädchen brauchten nur darum zu bitten. Diese Ausführungen riefen eine solche Entrüstung hervor, daß die Rednerin nicht zu Ende sprechen konnte. Die Mädchen riefen: „Das hat man ihr gut einstudiert, wer weiß, wie lange sie daran lernen mußte. Aber es nützt nichts. Nicht eine jede versteht es, sich so „einjunsten“, und wir wollen das auch nicht mitmachen. Nun gehen wir erst recht zum Verein!“ In der Pause, die zum Ausfüllen der Aufnahmescheine diente, setzten die Mädchen ihre Worte in die Tat um. Die Kassiererin, Frau Merkel, teilte der Versammlung eine Tatsache mit, welche ebenso wie die eingepaukte Rede zeigt, daß recht viele Herrschaften die junge Organisation der Dienstmädchen hassen und fürchten. Einige Mädchen, die dem Verein beigetreten waren, hatten bald nach ihrer Anmeldung ihre Stellen gewechselt, ohne die Verwaltung davon zu benachrichtigen. Da ihnen jedoch noch die Mitgliedskarten zugestellt werden mußten, so wandte sich die Kassiererin an die Herrschaften mit der Bitte um Angabe der neuen Adressen. Aber jede Auskunft wurde ihr verweigert! Die weitere Diskussion warf ein grelles Licht auf die Zustände, unter denen die Zugehörigen, Büßfrauen und besonders die Frauen zu leiden haben, welche abends und in der Hälfte der Nacht auf den Aborten der Restaurants usw. beschäftigt sind. Die Abortfrau zum Beispiel, die im „Büstenkeller“ angestellt ist, muß am Tage Tische scheuern und sonstige Arbeiten verrichten, ohne dafür einen Heller zu bekommen. Abends und nachts darf sie dann zur Belohnung ihre zer Schlagenen Glieder im Abortraum ausruhen. Diese skandalösen Zustände, die nach Abhilfe schreien, können nur durch ein einmütiges Zusammentreten aller beseitigt werden, welche unter ihnen seufzen. Der Versammlung wurde mitgeteilt, daß eine Enquete über die Nürnberger Dienstbotenverhältnisse aufgenommen werden wird. Die Mädchen sollten in ihrem eigenen Interesse die Fragebogen, welche zu diesem Zwecke ausgegeben werden, schnell und genau ausfüllen. Am 17. Juni findet eine Mitgliederversammlung der Organisation im „Martin-Beheim“ statt, am 15. Juli ein Sommervergügen mit Ball im „Beckengarten“ (Anfang nachmittags 4 Uhr) und am 5. August ein gemeinsamer Ausflug nach Reichelsdorf. Die Filiale in Fürth hält am 8. Juli eine allgemeine Dienstbotenversammlung in der „Union“ ab. Die Vorsitzende machte am Schlusse bekannt, daß der Verein jetzt bereits 350 Mitglieder habe und feuerte die Anwesenden zur unermüdblichen Agitation an, damit die Organisation immer mehr in den Stand gesetzt werde, die Interessen aller Dienenden Nürnbergs mit Erfolg vertreten zu können. Helene Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung in Fürth hat nicht bloß die Mädchen, Waschfrauen usw. mobil gemacht, sondern auch die Stellenvermittlerinnen. In der Versammlung, in welcher die Gründung des Dienstbotenvereins erfolgte, waren die

letzteren sehr zahlreich vertreten. Während des Referats der Unterzeichneten über „Dienstbotenbewegung und Stellenvermittlung“ machten sie sich durch Zwischenrufe bemerklich, die deutlich ihre Wut über die Ausführungen verrieten. Wie die Kampfahne saßen die Vermittlerinnen da und schüchtern durch ihr Auftreten die Mädchen derart eif, daß diese nicht wagten, in der Diskussion das Wort zu ergreifen. Freilich: auch keine der Stellenvermittlerinnen meldete sich zum Wort. Sie tobten ihre Wut in lauten Zwiesgesprächen und Zurufen aus, zerrissen die Flugblätter und erklärten unumwunden, daß sie sich rächen würden. Die Mädchen hatten unterdes Mittel und Wege gefunden, trotz ihres Schweigens ihre Zustimmung zu den Ausführungen der Referentin und der Gründung einer Organisation zu bekunden. Sie hatten fleißig die Aufnahmescheine in die Organisation ausgefüllt und baten, den Stellenvermittlerinnen ja nicht die Namen derjenigen zu nennen, die sich dem Verein angeschlossen hatten. Als die Vorsitzende verkündete, daß sich 60 Dienstmädchen der Organisation angeschlossen hätten, brach ein wahres Wutgeheul der edlen Damen los. Welch großer Druck die Anwesenheit dieser „Freundinnen“ der Dienstmädchen auf diese ausgeübt hat, wird durch eine Tatsache beleuchtet. Ein ungeheurer Jubel ertönte, als am Schlusse der Versammlung bekanntgegeben wurde, daß zur nächsten Versammlung der Dienstmädchen, Hausstagselbnerinnen usw. die Stellenvermittlerinnen keinen Zutritt haben sollen. Diese Versammlung findet am 8. Juli statt. Der kostenlose Stellennachweis des Dienstbotenvereins Nürnberg, Tucherstraße 86, steht auch den Mädchen von Fürth zur Verfügung. Nach Schluß der Versammlung schütteten die Mädchen ihr Herz über das Glend ihrer Lage und die Verschlechterung derselben durch die Stellenvermittlerinnen aus. Den Stellenvermittlerinnen, so erklärten sie, ist daran gelegen, daß unsere Lage so trostlos miserabel bleibt, wie sie ist. Je öfter die kraßesten Mißstände uns zwingen, unsere Stelle zu wechseln, um so mehr verdienen sie ja. Herzlos schicken sie uns zu Herrschaften, von denen sie wissen, daß sie die Mädchen schlagen, halb verhungern und womöglich 25 Stunden am Tage arbeiten lassen möchten. Betreffs ihrer Arbeitszeit seien sie zum Teil noch schlechter daran, als das Mädchen der Nürnberger Ingenieursfrau, deren Arbeitsordnung wir in Nr. 11 mitteilten. Diese Arbeitsordnung war in der Versammlung vorgelesen worden, und als die Mädchen den Schlußsatz vernahmen, der ihnen vorschreibt, sich nachts mit dem lieben Gott zu unterhalten und zu gebeten, am nächsten Tage noch alles besser zu machen, ertönte helles Lachen. Viele der Versammlungsbefucherinnen riefen: „Das ist für uns vorbei, wir sehen nicht mehr rückwärts, sondern nur vorwärts.“ Wie verlautet, haben die Stellenvermittlerinnen eine Versammlung abgehalten und beschlossen, die Unterzeichnete zu verklagen. Sie könnten nichts tun, was uns angenehmer wäre, als die Durchführung dieses Beschlusses. Geschieht das, so wird „gerichtsnotorisch“ werden, was gegenwärtig noch so oft von Leichtgläubigen oder Böswilligen als „sozialdemokratische Verdächtigungen und Hebeereien“ hingestellt wird. Der jungen Dienstbotenbewegung könnte es nur förderlich sein, wenn die breiteste Öffentlichkeit durch Gerichtsverhandlungen über die schmutzigen Praktiken recht vieler Stellenvermittlerinnen informiert würde.

Helene Grünberg.

Fort mit der Gesindeordnung. Diese Forderung begründete kürzlich Genosse Stadthagen in einer Versammlung, über die wir bereits berichteten. Der erste Teil seines Vortrags behandelte die Entstehung der Gesindeordnungen im historischen Zusammenhang. Genosse Stadthagen kennzeichnete darin die Gesindeverhältnisse als Ruinen, von den Machthabern herübergerettet aus längst verfloßener Zeit, aufgebaut auf dem Zwangsgefindebienst und der Hörigkeit, wie sie namentlich seit dem 17. Jahrhundert sich herausbildeten. Von den preussischen Gesindeordnungen datiert die älteste, die heute noch gilt, aus dem Jahre 1732. Es ist die des ehemaligen Herzogtums Lauenburg. In Preußen gibt es 19 Gesindeordnungen, die bezüglich der Unterwerfung und der Rechlosigkeit des Gesindes sowie der Bevorrückung der Herrschaft ziemlich gleich sind. Im größten Teile Preußens gilt noch heute die Gesindeordnung vom 8. November 1810. So auch für Berlin, wo ihr nach der letzten Zählung 85 900 weibliche Dienstboten unterstehen. Sie enthält, wie Stadthagen weiter ausführte, beinahe wörtlich dieselben Vertragsbestimmungen, unter denen vorher das hörige Gesinde zu leiden hatte. Tatsächlich sind auch danach die Arbeitslasten und Pflichten ohne Zeitfrage. Zu jeder Zeit, auch nachts muß „das Gesinde“ mit „Ehrenchreitung und Achtung“ die Befehle „der Herrschaft“ ausführen. 24 Stunden im Tage kann die Kraft des Gesindes in Anspruch genommen werden.

Vervollständigt wird das Gesindeunrecht durch das Gesetz über die Einführung von Gesindebüchern und durch das Gesetz vom 24. April 1854, betreffend die Verletzung der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter. Dies Gesetz bedroht hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit des Gesindes mit Strafe; Vertragsverletzungen der Herrschaft aber sind straffrei! Mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre ist neben ländlichen Arbeitern und Schiffsknechten das Gesinde bedroht, welches die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen sucht, daß es die Einstellung der Arbeit oder die Behinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabredet oder zu einer solchen Verabredung auffordert. Danach schon ist ein Kampf im Sinne des gewerkschaftlichen Kampfes für die Dienenden ausgeschlossen. Das Vereinigungsrecht ist ihnen zwar nicht genommen, besteht aber tatsächlich nicht, da ja nach der Gesindeordnung Dienende zu gehorchen haben, wenn die Herr-

schaft ihnen den Ausgang verbietet. Die zwangsweise Zurückführung in das Dienstverhältnis, die durch das Reichsrecht, die Zivilprozessordnung, auch für das Gefinde beseitigt ist, wird immer noch mit Billigung des Ministers des Innern und der Verwaltungsgerichte gehandhabt. Die sklavennähnliche Unterwerfung der Diensthöten unter die Herrschaften geht so weit, daß diese vielfach bestraft worden sind, weil sie rechtswidrige, unanständige, ihre Würde und ihre Ehre, auch ihre weibliche Ehre angreifende Zumutungen nicht mit „Ehrerbietung und Bescheidenheit“ (§ 76 der Gefindeordnung) entgegengenommen haben. Ausdrücke wie Saunensch, niederliche Dirne usw. sind schon als liebenswürdige Kosenamen betrachtet worden, die nicht zum Verlassen des Dienstes berechtigen. Für das Gefinde kennt die Gefindeordnung nur sieben Gründe zum Verlassen des Dienstes ohne Kündigung, dagegen gewährt sie der Herrschaft neunzehn Gründe zur plötzlichen Entlassung. Und soweit das Gefinde in Betracht kommt, ist zwischen Recht haben und Recht kriegen noch ein gewaltiger Unterschied.

Schlimmer noch als der Wortlaut der Bestimmungen ist die Auslegung durch die Gerichte, und dornenvoll ist in fast allen Fällen der Rechtsweg. Der Redner bewies dies durch geradezu haarsträubende Beispiele. Ein Gesetz, das derartige Entscheidungen zuläßt, ist eine Schmach für das ganze Volk, ein unsittliches Gesetz, weil es Freiheit und Sittlichkeit grob verletzt. Freilich, dem Kämmerer, der in Preußen regiert, mag es ja passen, wenn durch Schläge und Beleidigungen den Dienenden die Menschenwürde ausgetrieben wird und wenn sie arbeiten in ungeheurer Arbeitszeit und mit übermenschlicher Anstrengung.

Das Zuchtigungsrecht ist dem Wortlaut des Gesetzes nach durch das Einführungsgezet zum Bürgerlichen Gesetzbuch aufgehoben worden. Trotzdem wird es in der Praxis straflos weiter geübt, weil ein preussischer Minister den Fortbestand der Gefindeordnungen proklamierte, welche das Zuchtigungsrecht in sich begreifen. Unzweifelhaft aber haben Diensthöten unter Berufung auf das Bürgerliche Gesetzbuch das Recht, sich gegen Herrschaften zur Wehre zu setzen, die sie schlagen wollen. Gegen die ungerechten Bedingungen für die Lösung des Dienstverhältnisses, wie sie die Gefindeordnung festlegt, könnten die Diensthöten sich einigermaßen schützen durch schriftliche Verträge, die jene Bedingungen ausschließen und andere an ihre Stelle setzen. Nach dieser Richtung muß kräftig agitiert werden. Eine lebhafteste Agitation zur Beseitigung der Gefindeordnung und für die Gleichstellung des Gefindes mit den gewerblichen Arbeitern muß einsehen, aber nicht nur bezüglich des Arbeitsverhältnisses, sondern auch mit bezug auf die sozialpolitischen Erwerbsbedingungen, so die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Gerichtsbarkeit in Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis. Nach einem Hinweis auf den ungeheuren Prozentsatz von Diensthöten unter den Prostituierten, der sich aus deren wirtschaftlicher und geistiger Not erklärt, und nach einer scharfen Kritik der Heuchelei, welche die bürgerliche Gesellschaft beherrscht, schloß der Referent: Gegen Unrecht, gegen Unrecht, gegen Unsittlichkeit und gegen Heuchelei tritt auf, wer eintritt für die Beseitigung des Gefindeunrechtes. Darum: Fort mit der Gefindeordnung!

Unter dem weiblichen Dienstpersonal St. Petersburgs macht sich gegenwärtig eine Bewegung zugunsten einer Verbesserung ihrer Lage bemerkbar. Die Forderungen, welche bereits im November des verflossenen Jahres ausgearbeitet, aber noch nicht geltend gemacht worden sind, sollen nun bekannt gegeben werden. Falls die Herrschaften auf die Forderungen nicht eingehen, beabsichtigen die Mädchen, den Dienst zu quittieren. Es ist nicht das erste Mal, daß im Verlauf der russischen Revolution die Dienstmädchen den Versuch machen, eine Hebung ihrer Lage herbeizuführen. Als die große Streikwelle durch Rußland flutete, schlossen sich in Warschau und anderen Städten auch die Dienstmädchen dem Aufstand an.

Konferenz der in Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Eine der schlimmsten Domänen kapitalistischer Ausbeutung treffen wir in der Ziegelindustrie. Endlos lange Arbeits-tage, Sonntagsarbeit, ein jammervoller Lohn, Frauen- und Kinderarbeit, Beschäftigung fremdländischer Wanderarbeiter, überaus traurige, jeder Beschreißung spottende Wohnungsverhältnisse, ein sehr ausgebautes Trucsystem trifft man hier an. Was Wunder, daß bei den so unmenslich ausgebeuteten Lohnsklaven der Organisationsgedanke sehr schwer Fuß faßt. Nach dem letzten Bericht der Ziegeleiberufsgenossenschaft sind 284 207 Arbeiter und Arbeiterinnen in der deutschen Ziegelindustrie beschäftigt. Organisiert davon sind leider nur 8000, und zwar 4500 im Fabrikarbeiterverband, die übrigen zum Teil bei den Töpfern, Bau- und Transportarbeitern.

Um den Organisationsgedanken unter den Ziegleren zu wecken und zu beleben, fand an den Pfingsttagen in Magdeburg eine Konferenz statt. Der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, Genosse Frey, referierte über den Schutz der Ziegler durch Gesetzgebung und Organisation. Nach dem eingehenden Referat und der sich anschließenden Diskussion wurden in einer Resolution folgende Mindestforderungen an die Gesetzgebung erhoben: 1. Die Einführung des zehnstündigen Arbeitstags für alle erwachsenen Personen und Freigabe des Sonnabendnachmittags; 2. Verbot und Bestrafung der Überarbeit, mit Ausnahme der Arbeit an Brennöfen; 3. weibliche Personen dürfen sechs Wochen vor und nach der Entbindung auf Ziegeleien nicht beschäftigt werden; 4. allgemein gültige Vorschriften über Lage, Lustraum und Beschaffenheit der Räume, welche auf Ziegeleien beschäftigten Personen als Wohnungen angewiesen werden, und über Er-

richtung wetterdichter, heizbarer Ess- und Ankleideräume; 5. die Unternehmer oder verantwortlichen Leiter sind verpflichtet, den auf Ziegeleien beschäftigten Personen gutes Trinkwasser zur Verfügung zu halten; 6. für den Lohn der auf Ziegeleien beschäftigten Personen ist der Besitzer oder Pächter der Ziegelei haftbar.

Der Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes für Magdeburg, Genosse Großmann, der in seinem Referat ein überaus ergreifendes Bild des gegenwärtigen Ziegelerlebens entrollte, wurde in seinen Ausführungen wirksam unterstützt von den aus allen Gauen Deutschlands entsandten Delegierten. Als zunächst auf das dringendste zu erstrebende Verbesserungen wurden erklärt: 1. Eine den wachsenden Bedürfnissen und den gesteigerten Lebensmittelpreisen sowie der Arbeitsleistung entsprechende Aufbesserung der Löhne; 2. eine Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens zehn Stunden täglich; 3. wöchentliche Lohnzahlung und Aufrechnung der Akkordlöhne; eine höchstens 14 Tage betragende Kündigungsfrist; 4. Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber; 5. Verbesserung der sanitären Einrichtungen; 6. größeren Schutz gegen Erkrankungen und Unfallgefahr.

Als Organisation, in der sich die Ziegler sammeln sollen, empfahl Genosse Knoll-Berlin in seinem Referat zu der Frage den Fabrikarbeiterverband. Die Konferenz beschloß, den Vorstand desselben aufzufordern, auf seinem nächsten Verbandstag die Anstellung eines mit den Zieglerverhältnissen vertrauten Kollegen zu befürworten, dessen Aufgabe es sein soll, gemeinsam mit einer aus Ziegler gebildeten Kommission die Agitation zu betreiben, gleichzeitig Material zu sammeln über die Arbeits- und Existenzbedingungen der Ziegler und Verbesserungen ihrer Lage anzubahnen. Die Konferenz und die Durchführung der dort gefaßten Beschlüsse werden hoffentlich zum Zusammenschluß der Ziegler in einer leistungsfähigen Organisation beitragen. Es wäre damit ein rüstiger Schritt vorwärts getan zur Wilderung des grauen Elends, das zu einem gut Teil Frauen- und Kinderelend ist, es wäre damit die Tüchtigkeit großer proletarischer Schichten für den Klassenkampf zur Beseitigung der Ausbeutung erhöht. Luise Zieh.

Frauenstimmrecht.

Zur Frage des Frauenwahlrechtes in Österreich führte Genosse Dr. Adler im Parlament folgendes aus: „Wir begrüßen die Regierungsvorlage als eine Vorlage, die im großen die Erfüllung des Rechtes des Volkes bringt, obwohl wir in der Wahlreform des Ministeriums durchaus nicht ein ideales, unserem Programm entsprechendes Werk sehen. Die Forderungen des Volkes werden damit lange nicht erfüllt, und wir können durchaus nicht sagen, hier ist voll gewährt, was das Recht des Volkes ist und das Programm unserer Partei. Wir verlangen das gleiche Wahlrecht für jeden Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts vom 20. Lebensjahr an. Sie werden mir einwenden, wir werden erst mit dem 24. Lebensjahr mündig. Aber, meine Herren, die arbeitende Masse des Volkes, die wird früher mündig, und sie stirbt früher.“

Ich wende mich jetzt einem zweiten Mangel zu. Wir verlangen hier nicht und werden darauf verzichten, es zu beantragen, daß den Frauen das Wahlrecht gegeben werde. Wir werden darauf verzichten, weil wir wissen, daß es in diesem Parlament aussichtslos ist; weil wir wissen, daß wir diesen Kampf um das Wahlrecht der Männer nur erschweren würden, wenn wir heute diese Forderung aufstellen. Aber Sie werden mir zugeben, meine Herren, daß, wenn wir auch heute darüber hinweggehen müssen, das nicht ein Zeichen der politischen Einsicht dieses Parlaments, sondern ein Zeichen der Rückständigkeit dieses Landes ist. In anderen Ländern ist die Frage des Frauenwahlrechtes längst spruchreif, in manchen ist sie gelöst worden, und in vielen Ländern wird sie demnächst gelöst werden. Aber selbstverständlich ist für uns, daß das allgemeine Wahlrecht so lange nicht erreicht ist, solange der Hälfte der Bürger — und die Frauen sind Bürger, die ebenso Lasten tragen und schwerere Lasten als die Männer — nicht ihr Recht gegeben ist.“

Die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes in Rußland durch die Duma wird in einem Antrag gefordert, der von 111 Mitgliedern dieser Körperschaft unterzeichnet ist. Eine allgemeine Reform der Verwaltung soll auf folgender Grundlage erfolgen: Alle Staatsangehörige beider Geschlechter sind vor dem Gesetz gleich; alle Unterscheidungen nach Gesellschaftsklassen, Nationalität, Religion und Geschlecht sind abzuschaffen.

Für volles Bürgerrecht der Frauen haben sich neuerlich russische Bauern aus dem Gouvernement Samara erklärt. Sie sendeten ihrem Deputierten Schuwalow eine Weisung, in welcher sie ihn auffordern, in der Duma für Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Meinungs-freiheit und Wahlrecht ohne Unterschied des Glaubens und Geschlechtes einzutreten.

Die Einführung des Frauenwahlrechtes in Finnland ist beschlossene Sache. Die finnisch-russische Prüfungskommission hat die entsprechende Bestimmung in dem Senatsvorschlag zur Reform des Landtags gutgeheißen und der Landtag hat ihm zugestimmt. Finnland ist das erste Land in Europa, in welchem das weibliche Geschlecht zur aktiven Anteilnahme an der Gesetzgebung auf Grund eines allgemeinen gleichen Wahlrechtes zugelassen wird.

Vom Kampfe um das Frauenwahlrecht in England. Genossin Dora Montefiore, eine der sozialistischen Vorkämpferinnen des Frauenwahlrechtes in England, hat zur Steuererweigerung gegriffen, um auf diese Weise erregende Beweise gegen die Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechtes zu protestieren. In England sind nur diejenigen

Einkommen steuerpflichtig, die mindestens 3200 Mk. (160 Pfund Sterling) jährlich betragen. Genossin Montefiores Einkommen geht über dieses Mindestmaß hinaus und ist deshalb steuerpflichtig. Nach der englischen Verfassung müssen Steuerzahlung und parlamentarische Vertretung Hand in Hand gehen: wer Steuern zahlt, soll auch an der Gesetzgebung teilnehmen. Im Englischen heißt dies kurz: „No taxation without representation.“ In der englischen Revolution des 16. Jahrhunderts und im Unabhängigkeitskampf der Amerikaner gegen ihr Mutterland zu Ende des 18. Jahrhunderts spielte dieser Gedanke eine große Rolle, so daß er in England schon der Schuljugend bekannt ist. Da die Frauen von der Gesetzgebung ausgeschlossen sind, so sollen sie auch keine Steuern zahlen. Entweder — oder. Haben die Frauen staatliche Pflichten, so sollen sie auch Rechte haben. Sind sie rechtlos, so entledigen sie sich aller Pflichten gegenüber dem Staate. Als Genossin Montefiore vor einigen Wochen dem Steuerzettel erhalten hatte, schrieb sie an die Steuerbehörde im Sinne der soeben entwickelten Grundsätze und erklärte, keine Steuern zahlen zu wollen.

Unsere Genossin wohnt in einer der schönsten Gegenden von West-London (Hammer-Smith) in der nächsten Nähe des Hauses von William Morris. Nach Absendung ihrer Kriegserklärung an den Staat ließ sie ihre Vorratskammern mit Proviant füllen und verbarrikadierte das Eingangstor. Vor zwei Wochen erschien der Gerichtsvollzieher, mußte aber draußen bleiben. Er erscheint Tag für Tag, um die Pfändung vorzunehmen, ohne indes Einlaß zu finden. Gleichzeitig erscheinen aber auch unsere Genossinnen aus allen Teilen Londons und halten vor dem Hause Versammlungen ab, — das Thema ist selbstverständlich das Frauenwahlrecht. Die Presse bringt regelmäßig Situationsberichte, die das übrige dazu beitragen, die Frauen Englands zur Propaganda zu wecken. mb.

Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen in Österreich. In Österreich zählte man nach dem Rechenschaftsbericht der Gewerkschaftskommission im Jahre 1904 13085 Arbeiterinnen, welche in Berufsgewerkschaften organisiert waren, dazu noch 1360, welche allgemeinen Gewerkschaften oder Arbeiterbildungsvereinen angehörten. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen betrug also insgesamt 14415. Im Jahre 1892 gehörten den Berufsgewerkschaften nur 2216 Arbeiterinnen an, den allgemeinen Gewerkschaften und Arbeiterbildungsvereinen 2047 Arbeiterinnen. 1903 zählten die Berufsgewerkschaften 9519 weibliche Mitglieder, die allgemeinen Gewerkschaften und Arbeiterbildungsvereine 2544. In den ersteren hat also die Zahl der Arbeiterinnen im Jahre 1904 um 8536 zugenommen, in den letzteren ist sie um 1184 gesunken. Insgesamt ist die Zahl der organisierten Arbeiterinnen 1904 um 2352 gestiegen. Nach dem Rechenschaftsbericht der Gewerkschaftskommission für das Jahr 1905, für das einzelne Angaben noch nicht vorliegen, sind im letzten Jahre mindestens 80000 Personen der Organisation beigetreten, darunter erfreulich viele weibliche Arbeiter. Besonders die Bauhilfsarbeiterinnen, Textilarbeiterinnen und Fabrikarbeiterinnen haben in erhöhtem Maße die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation begriffen. Der Zuwachs um mindestens 700 Mitglieder, den die Gewerkschaft der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen erfahren hat, kommt hauptsächlich auf Rechnung der Arbeiterinnen. Der Verein der Heimarbeiterinnen zählt über 1000 Mitglieder. Die unermüdbare Tätigkeit unserer Genossinnen wird dafür Sorge tragen, daß auch fernerhin der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation immer größere Massen der Arbeiterinnen gewinnt.

Über die Agitation unter den Arbeiterinnen in Nürnberg äußert sich der erste Jahresbericht des Arbeitersekretariats für 1905 wie folgt: „Die richtige Erkenntnis der Nürnberger Arbeiterkraft, im Sekretariat eine weibliche Kraft anzustellen, um die Agitation unter den Arbeiterinnen intensiver zu gestalten, wurde und mußte von allen Seiten auf das freudigste begrüßt werden.“

Wie durchaus notwendig die Agitation unter den Arbeiterinnen noch ist, davon können die Gewerkschaftsleiter in jeder Stadt und allen Ortschaften mit weiblicher Arbeiterkraft ein Lied singen. Auch hier in Nürnberg ist noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten, wenn die Leiter der Organisationen sagen wollen, unsere Arbeiterinnen sind zum überaus großen Teil organisiert und wissen auch den Wert und Nutzen einer Organisation zu würdigen. Zurzeit sieht es in dieser Beziehung noch sehr trübe in Nürnberg aus. Von circa 22000 organisationsfähigen Arbeiterinnen in Nürnberg waren am 31. Dezember 1904 nur 1589 organisiert, deren Zahl bis zum 31. Dezember 1905 auf 2582 gestiegen ist, das ist eine Zunahme von 993 organisierten Arbeiterinnen.

Von der Art der Agitation, wie sie seit Juli d. J. betrieben wurde, läßt sich berichten, daß mit einer großen allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung eingesezt wurde, welche einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen hatte. Es folgten dann die vielen Fabrik-, Geschäfts- und Werkstättenversammlungen der Metall-, Holz-, Schuh- und Textilarbeiter und -arbeiterinnen, der Tapezierer, Schneider und Schneiderinnen, Gastwirtsgehilfen, Kellnerinnen, Handlungsgehilfen und -gehilfinen. Auch die Mühlenarbeiter und die städtischen Arbeiter arrangierten Versammlungen mit Frauen, um letztere mit dem Gedanken der Organisation vertraut zu machen.“ Die angeführten Zahlen bestätigen, was den Leserinnen der „Gleichheit“ aus Berichten bekannt ist: daß die erste Arbeitersekretärin in Deutschland, Genossin Grünberg, mit Eifer und Verständnis sich ihrer Aufgabe widmet, und daß sich bereits recht anerkenntenswerte Erfolge ihrer Tätigkeit zeigen.

Der Eisenbahnzug.

Von Ferdinand v. Saar.

Von des Dampf's Gemüß umflogen,
Braust heran der lange Zug,
Immer mächt'ger fortgezogen,
Gradhin, dann in weitem Bug.

Abgeteilt nach Wagenklassen,
Müde von der Reise Dual,
Schaun die Menschen stumpf, gelassen
Durch die Fenster, eng und schmal.

Aber frei auf der Maschine,
Denkend sie mit sicher Hand,
Blickt der Führer, ernster Miene,
Drohend fast ins grüne Land:

„Lange Jahre, lange Jahre,
Wettertrogend, larg gelohnt,
Hab' ich, daß das Volk hier fahre,
Stumm des Rammons Macht gefront.

Daß ein jeder mag erreichen
Seine Ziele nah und fern,
Sporn' ich diese Eisenweichen —
Ich der Diener, ihr die Herrn.

Doch vielleicht erfüllt schon morgen,
Morgen sich die große Zeit,
Die da enden wird die Sorgen
Einer schönen Dienstbarkeit;

Wo nicht mehr um dürft'ge Groschen
Billig findet sich ein Knecht,
Und des Darbens Pein erlöschten
In des Allgenusses Recht.

Und so fahrt nur hin, geborgen
Noch in ahnungsloser Ruh' —:
Denk' ich euch von heut auf morgen
Doch schon meinen Zielen zu!“

Die alte Isergil.

Von Maxim Gorki.

(Fortsetzung.)

„Ein ganzes Jahr lang hab' ich ihn betrauert. Sie waren schon im Begriff gewesen, nach ihren Karpathen heimzukehren. Da lud ein Rumäne sie zu Gaste, um ihren Abschied zu feiern, und bei ihm wurden sie abgefahrt. Nur die zwei wurden lebendig gefangen, einige blieben tot, die anderen flohen... Dem Rumänen aber zahlten sie gründlich heim: sein Hof, seine Mühle, sein Getreide — alles wurde verbrannt. Ein Bettler blieb er.“

„Das hast du getan?“ fragte ich aufs Geratewohl.
„Viele Freunde hatten die Huzulen außer mir... die haben ihnen wohl eine Totenfeier ausgerichtet...“

Das Lied am Meeresufer war bereits verstummt, und das Klauschen der Wogen gab jetzt die Begleitung ab zu den wilden Herzensgeschichten der Alten. Leises Geflüster und verhaltenes Lachen drang ab und zu vom Strande zu uns herüber. Immer weicher, milder ward die Nacht, immer voller flutete das bläuliche Licht des Mondes über die Erde hin; das Klatschen und Rollen der Wogen aber ward immer lauter vernehmbar, denn ein Wind hatte sich erhoben und blies immer stärker.

„Dann hab' ich auch einen Türken geliebt. In seinem Harem war ich, in Stutari. Eine ganze Woche lebte ich da — und es fehlte mir nichts... Aber langweilig war's da, lauter Weiber und Weiber... Acht Stück hatte er ihrer... Den ganzen Tag essen und schlafen sie und schwagen albernes Zeug... Oder sie schimpfen sich gegenseitig aus, gadern wie die Hühner... Er war nicht mehr jung, dieser Türke. Grau war er schon beinahe, und sehr vornehm, sehr reich. Seine Augen waren schwarz... und so durchdringend, bis in die Seele hinab schauten sie. Er war sehr fromm und betete viel.“

Ich hatte ihn in Bularest gesehen... Er schritt über den Marktplatz, wie ein Zar, und schaute so ernst, so feierlich drein. Ich lächelte ihm zu. An demselben Abend packten sie mich auf der Straße und brachten mich zu ihm. Er handelte mit Palmen- und Zypressenholz und war nach Bularest gekommen, um Einkäufe zu machen.

„Willst du zu mir kommen?“ fragte er.

„D, warum nicht? Ich will...“

„Schön, so komm!“

Und ich fuhr hin. Sehr reich war er, dieser Türke, und auch einen Sohn hatte er — ein ganz braunes Bürschchen, und so gelenkig... sechzehn Jahre zählte er. Mit ihm bin ich dem Alten ausgerückt... nach Bulgarien, nach Kom-Palanka... Dort stieß mir eine Bulgarin einen Dolch in die Brust... wegen ihres Bräutigams oder Gatten, ich weiß es nicht mehr.

Ich lag nun lange krank in einem Frauenkloster. Ein Mädchen pflegte mich da, eine Polin... Und zu der kam aus einem anderen Kloster — bei Arzer-Palanka, so viel ich mich erinnere — ihr Bruder, ein Mönchlein... das wand sich immer wie ein Buxm vor mir... Und als ich gesund geworden war, gingen wir beide zusammen fort... nach seinem Polenlande.“

„Halt ein!... Was ist aus dem jungen Türken geworden?“

„Aus dem jungen Türken? Der ist gestorben, der gute Junge. An der Sehnsucht nach dem Vaterhaus starb er, oder an der Liebe... Wie ein haltloses junges Bäumchen, das zuviel Sonne hat, ging er ein... Ich seh' ihn noch, wie er dalag, durchsichtig und farblos wie eine Eisscholle, und immer noch brannte die Liebe in ihm... Immer wieder bat er, daß ich mich zu ihm neigen und ihn küssen möchte... Ich liebte ihn und weiß, daß ich ihn sehr viel küßte... Zuletzt wurde er ganz, ganz schwach und bewegte sich kaum noch. Er lag da und bat mich, wie der Bettler um ein Almosen, daß ich mich neben ihn legen und ihn wärmen möchte. Tat ich's, dann loberte er auf und glühte nur so... Einmal erwachte ich und fühlte: ganz kalt ist er schon... gestorben ist er!... Ich meinte viel um ihn... Wer weiß, vielleicht hab' ich ihn getötet! Noch einmal so alt wie er war ich damals schon. Und so kräftig und saftig war ich... und er — was war er?... Ein Kind!“...“

Sie seufzte tief auf und bekreuzigte sich dreimal, während ihre trockenen Lippen etwas flüsterten. Zum erstenmal sah ich das von ihr.

„Nun also,“ half ich ihr ein, als ich sah, daß sie schwieg. — „Du bist dann nach Polen gegangen...“

„So ist's... mit jenem kleinen Polen. Er war ein lächerliches Kerlchen, und schlecht dazu. Wenn er verliebt war, froh er schmeichelnd, wie ein Kater, um mich herum, und von seinen Lippen floß heißer Honig; wenn er meiner aber nicht bedurfte, peitschte er mich mit böshaftern Worten, wie mit einer Knute.“

Einmal gingen wir am Ufer des Flusses, da sagte er mir ein hochmütiges, tief verletzendes Wort. O, wie mich die Wut da packte! Gleich siedendem Pech zischte ich auf. Ich hob ihn empor wie ein Kind — denn er war ganz klein — und drückte ihm die Hüften zusammen, daß er ganz bleich wurde. Und dann gab ich ihm einen Stoß und warf ihn vom Ufer hinab in den Fluß. Er schrie in einem fort — lächerlich war's, wie er schrie. Ich sah von oben her zu, er aber zappelte im Wasser, arbeitete mit Händen und Füßen. Ich ging dann fort — und bin ihm nie mehr begegnet. Hatte überhaupt Glück darin: nie wieder kamen mir jene in den Weg, die ich einmal geliebt hatte. Nicht angenehm sind solche Begegnungen — ganz, wie wenn man Verstorbenen begegnet...“

Die Alte schwieg und schöpfte tief Atem. Ich suchte mir die Männer vorzustellen, die sie aus dem Reiche der Schatten heraufbeschworen hatte. Da war der feurige Rotkopf, der schnurrbärtige Huzule: er schreiet in den Tod, entschlossen, stark — in aller Gemütsruhe seine Pfeife rauchend. Er hatte ohne Zweifel kalte, blaue Augen, die alles fest und scharf erfasten... Da war neben ihm der schwarzbärtige Fischer vom Bruth: er meint, er will nicht sterben; sein Gesicht ist bleich vor Todesangst, das Feuer der Augen ist erloschen, der von Tränen durchfeuchtete Schnurrbart hängt über die verzerrten Lippen herab... Da war der alte, ehrwürdige Türke, ohne Zweifel ein Fatalist und Despot, und neben ihm sein Sohn, ein blasser, zarter Sproß des Ostens, von Küssen vergiftet. Da war endlich der eitle kleine Pole, galant und grausam, schönrednerisch und verhungert... Und alle waren sie nur bleiche Schatten, und jene, die sie einstmals geküßt, sitzt neben mir und lebt — wenn auch ausgetrocknet von der Zeit, fleisch- und blutlos, mit einem Herzen ohne Wünsche und Augen ohne Feuer... selbst fast ein Schatten...“

Und Isergil fuhr fort in ihrer Erzählung:

„In Polen erging's mir schlecht. Dort leben kalte, lügnische Menschen. Ich verstand ihre Schlangensprache nicht. Alle zischen sie so... was zischen sie nur? Gott hat ihnen diese Schlangensprache gegeben, weil sie so falsch sind. Ich irrte damals umher, ohne Ziel und Zweck, und sah, wie sie sich anschieden, gegen euch Russen einen Aufstand anzuzetteln.“

Schließlich kam ich in die Stadt Bochnia. Ein Jude kaufte mich damals — nicht für sich, sondern um mit mir Handel zu treiben. Ich war damit einverstanden — um zu leben, muß man doch irgend was tun. Ich hatte nichts gelernt und mußte dafür mit meinem Leibe zahlen. Ich dachte mir etwas Geld zu machen und meine Ketten um jeden Preis zu zerreißen, um wieder heimzukehren an den Byrlat.

So lebte ich nun dort, und die reichen polnischen Herren kamen zu mir und hielten mit mir manchen herrlichen Schmaus. Teuer genug kam sie meine Gesellschaft zu stehen! Gestritten und geschlagen haben sie sich um meinewillen. Einer von ihnen unwarb mich besonders heiß und ersann einst folgendes Stücklein: er kam zu mir, und ein Diener folgte ihm, mit einem Beutel in der Hand. Den nahm nun der „Pan“ und schüttete ihn über meinem Kopfe aus. Die Goldmünzen rollten an

mir herab, und es war mir angenehm, ihr Klappern auf dem Boden zu hören — den „Pan“ aber hab' ich trotzdem zum Teufel gejagt. Er hatte ein so rohes, dickes Gesicht, und sein Bauch war wie ein großes Kissen. Wie ein fettes Schwein schaute er drein. Hab' ihn fortgejagt — obchon er mir sagte, daß er all seine Ländereien, seine Häuser und Pferde verkauft habe, um mich mit Gold zu überschütten.

Ich aber liebte damals einen anderen „Pan“ — einen tapferen Menschen mit einem Gesicht, das kreuz und quer von den Säbeln der Türken zerkleinert war, gegen die er kurz vorher auf Seiten der Griechen gefochten hatte. Das war ein Mann!... Was gingen ihn die Griechen an, da er ein Pole war? Und doch ging er und kämpfte mit ihnen Schulter an Schulter gegen ihre Feinde. Er wurde schwer verwundet, ein Auge ward ihm ausgestochen, zwei Finger an der linken Hand wurden ihm abgehakt... Was hatte er, der Pole, dort bei den Griechen zu suchen? Er liebte die ritterlichen Taten — das war's. Wer die liebt, findet auch immer Gelegenheit, sie zu vollbringen. Überall im Leben, glaub mir's, ist Raum für kühne Taten. Wer die Gelegenheit nicht findet, ist entweder zu träg oder zu faul zu solchen Taten. Oder er begreift den Sinn des Lebens nicht — denn wenn die Menschen diesen begriffen, würde jeder wünschen, einen Schatten seiner Taten im Leben zurückzulassen. Und dann würde das Leben die Menschen nicht so spurlos verschlingen... O, dieser Zerhackte war ein verwegener Mensch! Er hätte nicht gezögert, bis ans Ende der Welt zu gehen, um eine tapfere Tat zu vollbringen. Ganz gewiß haben ihn die Surigen zur Zeit des Aufstands getötet. Und warum zogt ihr eigentlich gegen die Ungarn los? Was?... Ach, schweig du lieber...“

Während sie mir Schweigen gebot, schwieg auch sie selbst still. Dann, als sie eine Weile vor sich hingeblickt, fuhr sie fort:

„Auch einen Ungarn hab' ich mal gekannt. Er verließ mich eines Tages — es war im Winter — und erst im Frühjahr, als der Schnee weggeschmolzen war, fand man ihn — auf dem Felde, mit durchschossenem Kopfe. Ja, so geht's, — nicht weniger Menschen, als die Pest, richtet die Liebe zugrunde; nicht weniger, wenn man sie alle zusammenzählen wollte...“

Wovon erzählt' ich doch? Ach, von Polen... Ja, dort hab' ich mein letztes Spiel gespielt. Einen Schlachtschitzen lernte ich dort kennen... Schön war er, wie ein Teufel, und ich war damals nicht mehr jung... er kam mich teuer zu stehen. Er war hochmütig und von den Weibern verwöhnt, und so glaubte er mein Herz im Sturm zu erobern, ich aber ergab mich ihm nicht so leicht. Nie war ich jemandes Sklavin gewesen. Mit dem Juden war ich längst auseinander, ein schweres Abstandsgehalt' ich ihm gegeben... Ich lebte bereits in Kraflau, hatte alles — Gold, Pferde, Diener... Er kam zu mir, der stolze Dämon, und wollte, ich sollt' mich selbst ihm an den Hals werfen. So lagen wir lange miteinander im Streit, und ich glaube, ich ward sogar häßlich davon. Endlich hat' ich ihn so weit: er lag vor mir auf den Knien. Kaum aber war er ans Ziel gekommen, als er mich auch schon wieder laufen ließ... Ja, ich war alt geworden, das begriff ich damals!... Ach, war das bitter für mich — wie bitter!... Ich liebte ihn ja, diesen Teufel... er aber lachte mich aus, wenn er mich traf — der Schurke! Auch vor andern machte er mich zum Gespött, ich wußt' es. Aber ich war schon glücklich, wenn ich ihn nur sah, nur in der Nähe wußte. Und wie er dann fortging, um gegen euch Russen zu kämpfen, da war mir gar schrecklich zumute. Ich such' es zu überwinden, doch gelang's mir nicht, und so beschloß ich, ihm zu folgen.“ (Fortf. folgt.)

Der Ziegelschlag.

Von Ferdinand v. Saar.

Weit gedehnte, öde Strecken,
Schmutzig gelbe Wassertümpel;
Einsam ragt der Schlot des Ofens
über morsche Bretterschuppen.

Fahle Menschen, wie geknetet
Aus dem fahlen Lehm des Bodens,
Drin sie wühlen, treiben lautlos
Jahr um Jahr hier ödes Handwerk.

Füllen und entleeren Truhen,
Mischen, treten, streichen, schlichten,
So des Backsteins ewig gleiche
Form verdröffen wiederholend.

Träge ziehn vorbei die Stunden;
Aufgelöst in Staub und Hitze,
Ober rings in Rot zerfließend,
Scheint die Welt auch hier zu Ende.